

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen von 1897 bis 1949 unter besonderer Berücksichtigung des bayerisch-tschechischen Grenzraumes¹

Von Esther Neblich

1. Einleitung

Im Zeichen der beginnenden Annäherung zwischen Deutschen und Tschechen nicht nur auf politischer Basis, sondern auch im Rahmen des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches rückt die Frage in das Bewusstsein, in welchen Ursachen die schwierigen Beziehungen beider Nationalitäten wurzeln und in welchem zeitlichen Rahmen der Konflikt begann. Gemeinhin steht die Zeit des Nationalsozialismus mit der darauffolgenden Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei im Vordergrund der allgemeinen Diskussion. Dabei wird jedoch übersehen, dass die Konflikte zwischen Deutschen und Tschechen wesentlich länger währten und latent vorhanden waren, teils sichtbar, teils eher unterschwellig.

Bis zur Revolution im Jahr 1848 funktionierte das Zusammenleben relativ problemlos, man lebte bis dahin miteinander, danach im aufkeimenden Zeitalter des Nationalismus eher nebeneinander, aber immer noch friedlich, ohne sich gegenseitig in irgendeiner Weise national zu benachteiligen. Die Revolution der Jahre 1848/49 stellte den entscheidenden Einschnitt im deutsch-tschechischen Verhältnis dar. Während dieser Zeit erwachte das tschechische Nationalbewusstsein vollends, vor allem durch den Einfluss František Palackýs, der einen Entwurf zur Regelung der Nationalitätenfrage vorlegte. Danach begannen beide Nationalitäten sich langsam voneinander abzusondern. Zu Beginn der Revolution fanden noch gemeinsame Veranstaltungen statt, die im Laufe der Zeit immer mehr in deutsche und tschechische Kundgebungen getrennt wurden.²

Ab dem Jahr 1867 wurde das Auseinanderdividieren beider Nationalitäten in Böhmen immer deutlicher, erste Tschechisierungsversuche setzten ein, die sich im Zusatz tschechischer Bezeichnungen äußerten. Beide Volksstämme lebten allerdings im allgemeinen friedfertig nebeneinander.³ Ab den 60er Jahren wurden immer mehr deutsche und tschechische Vereine zur Wahrung und Pflege der eigenen Nationalität gegründet.⁴

¹ Wesentlich erweiterter Vortrag anlässlich des Speinsharttages am 19. Juli 2002 in Speinshart.

² Jan Křen, Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 71), übersetzt von Peter Heumos, München 1996, 91.

³ Hugo Hantsch, Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Das Problem der konstruktiven Reichsgestaltung, Wien 1953, 56.

⁴ Křen, Konfliktgemeinschaft (wie Anm. 2) 92.

Die Fundamentalartikel des Ministeriums Hohenwart-Schäffle versuchten den Weg zu bahnen, damit Böhmen dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 beitreten konnte.⁵ Von Seiten der Regierung wollte man sich der tschechischen Nationalität annähern, was in der Ausgleichskonferenz von 1890 gipfelte, doch schließlich scheiterte. Nach deren Misserfolg setzten sich die Trennungstendenzen beider Nationalitäten weiter fort. Die Badenischen Sprachenverordnungen des Jahres 1897 setzten dann das Signal für das gewaltsame Auseinanderdriften beider Volksstämme in Böhmen.

2. Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897

Zu Jahresanfang verstärkte die „Schönererpartei“, wie sie damals allgemein genannt wurde, denn einen selbständigen Parteinamen gab es zu dieser Zeit noch nicht,⁶ ihre Wahlenstrengungen und war mit ihrem Spitzenkandidaten Schönerer mehrfach im Bezirk Eger vertreten. Gleich zu Beginn des Jahres 1897 war Schönerer wieder im Egerer Bezirk präsent. Am 17. Januar 1897 wohnte er einer Versammlung in Komotau bei. 600 Teilnehmer, meist Landwirte, waren anwesend. Dort hielt er eine Rede, die viel bejubelt wurde und keine hervorstechenden Aussagen beinhaltete.⁷

Ende März lagen die endgültigen Wahlergebnisse für den Reichsrat in Wien vor. In den böhmischen Landgemeinden errangen die deutschradikalen Gruppierungen einen großen Erfolg, da ihre Kandidaten aus Eger, Brüx und Plan in diesen Gemeinden siegten. Herausragend war hierbei der Erfolg Schönerers in Eger, der 236 Stimmen erhielt⁸ und im Reichsrat fünf Abgeordnete stellte.⁹

Zu Beginn des Jahres 1897 kursierten in Wien Gerüchte über die Absicht des Ministerpräsidenten Kasimir Graf Badeni, neue Sprachenverordnungen für Böhmen zu erlassen. Badeni weihte den Abgeordneten Dr. Otto Steinwender von der Deutschen Volkspartei und den Abgeordneten der deutschböhmischen Städte Karlsbad, Joachimsthal und Kaaden, Dr. Viktor Wilhelm Ruß, in sein Vorhaben ein. Steinwender äußerte sich dahingehend, die Sprachenverordnungen zu befürworten.¹⁰ Bemerkenswert ist, dass Steinwender und Ruß die beabsichtigten Sprachenverordnungen Badenis guthießen. Man war nicht mit allen Bestimmungen einverstanden, aber mit der Absicht, das bestehende Sprachenrecht in Böhmen zu reformieren. Die Führer der deutschen Minorität versäumten in der Vergangenheit die Regelung der

⁵ Edmund Bernatzik, Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen, Wien 1911, 1098 f.

⁶ Die „Schönererpartei“ nannte sich erst ab dem Jahr 1901 offiziell „Alldeutsche Vereinigung“. (Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996, 360) In den Jahren 1897 bis 1901 wurden die Schönerianer zwar auch schon „Alldeutsche“ genannt, aber der Begriff wurde nicht strikt getrennt auf die Mitglieder der „Schönererpartei“ bezogen. Alldeutsch waren im Zeitraum 1897 bis 1901 auch jene Vertreter extremistischer deutschnationaler Tendenzen, die nicht zu den Schönerianern gehörten.

⁷ Ascher Zeitung, Nr. 7, 34. Jahrgang, 23. 1. 1897, 1 f., Beilage.

⁸ Ascher Zeitung, Nr. 23, 34. Jahrgang, 20. 3. 1897, 2.

⁹ Egerer Zeitung, Nr. 25, 51. Jahrgang, 27. 3. 1897, 2.

¹⁰ Berthold Sutter, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer, 2 Bde., Graz, Köln 1960, hier Bd. 1, 135 f.

Sprachenfrage in Böhmen, solange sie die Majorität im Reichsrat besaßen und dadurch die Inhalte noch selbst bestimmen konnten.¹¹

Badeni glaubte durch die Verordnungen zur Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Tschechen beizutragen, wobei er nur mit den gemäßigten Deutschen zusammenarbeiten wollte.¹² Er lehnte es ab, die extrem nationalistisch gesinnten Deutschen zu umwerben, die für ihn die Klerikalen, Deutschnationalen und Antisemiten repräsentierten.¹³ Joseph Maria Baernreither vom Verfassungstreuen Großgrundbesitz warnte ihn, den Tschechen zu viele Zugeständnisse zu machen, da sie immer mehr forderten, je mehr sie bekämen. Diesen Einwand wischte Badeni jedoch weg. Er war kein Mann, der intensiv arbeitete, daher hatte er keine Kenntnis der Politik vor Ort und unterschätzte die Wirkungen von Details.¹⁴ Schließlich meinte Baernreither, dass Badeni eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen ehrlich herbeiführen wollte, aber an seiner totalen Unkenntnis der Verhältnisse scheiterte.¹⁵ Der wesentliche Kern der Sprachenverordnungen war die faktische Einführung der tschechischen Amtssprache auch in rein deutschen Gebieten und die Verpflichtung für deutsche Beamte, Tschechisch zu lernen, auch wenn sie in rein deutschen Gebieten die Beamtenlaufbahn einschlagen wollten.¹⁶

Schon am Tag der Veröffentlichung der neuen Sprachenverordnungen, dem 5. April 1897, zeigten sich die Folgen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8. April 1897 beantragte der Abgeordnete Engel, dass nach der Geschäftsordnung das stenographische Protokoll sämtliche Verhandlungen wiedergeben müsste, daher reichte er den Antrag ein, auch die tschechischen Reden ins Protokoll aufzunehmen. Dieses Gesuch lehnte Präsident Kathrein ab, da bisher immer nur die Reden in deutscher Sprache protokolliert wurden und er keinen Anlass sah, dies zu ändern.¹⁷

Funke führte in der folgenden Sitzung aus, dass 75 deutsche Bezirke kein einziges tschechisches Dorf aufwiesen. 104 tschechische Bezirke besaßen im Gegenzug nicht ein deutsches Dorf. Damit sei bewiesen, dass es ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet gäbe, was von der Regierung und den Jungtschechen immer abgestritten worden sei. Funke wusste als Grund hierfür, dass die Tschechen die Deutschen unterdrücken wollten, um ihr Ziel, die Verwirklichung des Staatsrechtes zu erreichen. Er zeigte ebenso auf, dass es recht einfach wäre, die gemischtsprachigen Bezirke „rein“ zu halten, woran aber niemand von der Regierung Interesse hätte.¹⁸ Es gäbe folglich weder eine praktische Notwendigkeit noch ein praktisches Bedürfnis, die tschechische Amtssprache in den rein deutschen Gebieten einzuführen.¹⁹

¹¹ Friedrich Funder, *Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik*, Wien 1952, 202.

¹² Paul Molisch, *Zur Geschichte der Badensichen Sprachverordnungen vom 5. und 22. April 1897*, Wien 1923, 9.

¹³ Ebd., 9.

¹⁴ Joseph Maria Baernreither, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897–1917*, hg. von Oskar Mitis, Wien 1938, 3.

¹⁵ Ebd., 32.

¹⁶ Die Sprachverordnung vom 5. April 1897, Prag 1897.

¹⁷ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates im Jahre 1897, 1.–20. Sitzung der 12. Session, Wien 1897, 19.

¹⁸ Stenographische Protokolle, 1.–20. Sitzung, 12. Session, 1897, 253.

¹⁹ Stenographische Protokolle, 1.–20. Sitzung, 12. Session, 1897, 254.

Während der Debatte um die Sprachenverordnungen im Abgeordnetenhaus pöbelte Schönerer den Präsidenten des Abgeordnetenhauses an, dass sich die Deutschen in Zukunft nichts mehr gefallen ließen, denn „Deutsches Volksrecht bricht das böhmische Staatsrecht“. Die jungtschechischen Abgeordneten waren das nächste Opfer seiner Ausfälle, denn sie „fressen aus der Regierungskrippe“.²⁰ Überhaupt zeigte sich schon im April 1897, dass Schönerer in seinen Reden wenig Konstruktives zur Lösung des Problems beitrug, sondern lediglich die jungtschechischen Abgeordneten beleidigte und rüde Reden führte. Im Laufe der Monate verschärfte sich dieser Tonfall noch und die Abgeordneten schreckten ebensowenig vor Handgreiflichkeiten zurück.²¹

Die deutschen Abgeordneten griffen nun zur Obstruktionstaktik, um den Reichsrat beschlussunfähig zu machen, was ihnen sehr erfolgreich gelang. Sie bewegten sich hierbei auf legalem Boden, denn sie interpretierten lediglich die Parlamentsgeschäftsordnung auf ihre Weise, die vorsah, alle Petitionen und Eingaben von Städten, Gemeinden, Politikern und Bürgern vorzulesen. Sehr nachteilig wirkte sich ebenso aus, dass es damals noch keine Beschränkung der Redezeit gab, so dass die deutschen Abgeordneten stundenlange Reden hielten.²² Herausragend hierbei war die Redeleistung des Abgeordneten Lecher von der Deutschen Fortschrittspartei, der in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses im November 1897 zwölf Stunden ununterbrochen sprach.²³

Die Befürworter der strikten Obstruktion beherrschten bald die öffentliche Meinung, da die gemäßigten Kräfte keine moralischen und intellektuellen Führungskräfte aufweisen konnten. Schönerers Motto lautete „Deutsches Volksrecht bricht tschechisches Staatsrecht“. Die alldeutsche Obstruktion beabsichtigte nicht, den Staat zu erhalten, sondern ihn zu zerstören.²⁴

Die gewaltige Reaktion der deutschen Bevölkerung Böhmens auf die Sprachenverordnungen war nicht nur alleinige Folge der alldeutschen Agitation. Allerdings waren viele Deutschböhmern der Meinung, dass Schönerer und seine Parteimitglieder die einzigen waren, die den deutschen Besitz am stärksten verteidigten.²⁵ Gemäßigte Politiker wie Steinwender wurden durch die Stürme in der Bevölkerung geradezu ermuntert, sich als Deutsche auszugeben, so wie sie sich früher als Österreicher fühlten, als es um das Militärbudget oder die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn ging. Aber seit Mitte Mai, als die Volksseele kochte, wagten es diese Männer nicht mehr, die Regierung zu stützen, da dieses Verhalten ernsthafte Konsequenzen für deren Karrieren nach sich zog. Somit schlossen sich die Anhänger Steinwenders dem Extremismus an.²⁶

Die wenigen gemäßigten Stimmen auf deutscher wie auf tschechischer Seite gingen in der allgemeinen Aufregung unter. Als die deutschen Professoren Emil Pfersche und Josef Ulbrich in Prag am 29. Juli 1897 einen Kompromiss vorschlugen,

²⁰ Egerer Zeitung, Nr. 30, 51. Jahrgang, 14. 4. 1897, 1.

²¹ Stenographische Protokolle, 1.–20. Sitzung, 12. Session, 1897, 19.

²² Stenographische Protokolle, 1.–20. Sitzung, 12. Session, 1897, 253.

²³ Egerer Zeitung, Nr. 88, 51. Jahrgang, 3. November 1897, 2.

²⁴ Andrew G. Whiteside, Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet, Graz, Wien, Köln 1981, 146 f.

²⁵ Ebd., 150.

²⁶ Ebd., 152.

der die meisten deutschen Forderungen enthielt, wurden sie als Verräter an der deutschen Sache beschimpft.²⁷

Zu den wenigen besonnenen Politikern, die sich gegen die Polemik Schönerers wehrten, gehörte Karl von Grabmayer. In einer Rede vom 15. April 1898 in Meran erklärte er, dass die Deutschradikalen unter Schönerer den Frieden in Böhmen gar nicht wünschten, sonst würden keine Forderungen aufgestellt werden, die nach bestehender Sachlage nicht zu erfüllen seien. Erkennbar sei dies an den Ansprüchen, dass sich 14 Millionen Nichtdeutsche, die gleichzeitig als minderwertig betrachtet würden, dem Diktat von acht Millionen Deutschen fügen sollten, wie dies die „Schönererpartei“ verlange.²⁸

Am Tag der Veröffentlichung der Sprachenverordnungen erhob sich Protest der Gemeinden, der sich in verschiedenen Resolution der Vertretungen von Eger²⁹, Asch³⁰ und Aussig äußerte.³¹

Auch in der Bevölkerung brodelte es gleich nach Publikation der Sprachenverordnungen. Zunächst fanden einige Volksversammlungen statt, bei denen die Politiker der unterschiedlichen Parteien gegen die Verordnungen Stellung bezogen.³²

Die Taktik, verbotene Versammlungen in das benachbarte bayerische oder sächsische Ausland zu verlegen, wurde immer öfter im Laufe des Jahres 1897 angewendet. Dadurch konnte man sich der Aufsicht der österreichischen Behörden entziehen und die Worte wählen, die man benutzen wollte, ohne Repressalien fürchten zu müssen. Allerdings unterstützten die bayerischen und sächsischen Behörden nur teilweise ihre österreichischen Kollegen, indem sie die Veranstaltungen auf ihrem Boden kurzerhand verboten. Ebenso holten sich die österreichischen Politiker bayerische und sächsische Kollegen zu Gastreden ins Land.³³

2.1. Der Egerer Volkstag

Der Egerer Volkstag vom Juli 1897 stellte den Höhepunkt in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen dar. Am 11. Juli 1897 formierte sich beim Stadthaus ein Protestzug von mehreren tausend Teilnehmern. Das Stadthaus wurde als Ausgangspunkt gewählt, weil dort Wallenstein am 25. Februar 1634 ermordet worden war und es somit einen bedeutenden Ort der Geschichte repräsentierte. Der Zug bewegte sich von dort zum Schießhaus. Vor diesem standen mehrere Gendarmen, Finanzwachaufseher und zwei berittene Polizisten unter dem Kommando eines Prager Polizeikommissars, der den Einlass verwehrte. Es kam zu diesem Zeitpunkt zu keinen Ausschreitungen oder sonstigen Störungen der öffent-

²⁷ Ebd., 156.

²⁸ Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848 bis 1918, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. III, 1. Teilband: Die Völker des Reiches, hg. von Adam Wandruszka, und Peter Urbanitsch, Wien 1980, 154–339, hier 229.

²⁹ Gemeindeamtsblatt der Stadt Eger, 12. Jahrgang, Bd. 9, April 1897, 71 f.

³⁰ Ascher Zeitung, Nr. 29, 34. Jahrgang, 10. 4. 1897, 1, Beilage.

³¹ Alfred Hanke, Die nationale Bewegung in Aussig von 1848–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus in den Sudetenländern, Amsterdam, Berlin, Wien 1943, 82.

³² Egerer Zeitung, Nr. 30, 51. Jahrgang, 14. 4. 1897, 4 f.

³³ Egerer Zeitung, Nr. 30, 51. Jahrgang, 14. 4. 1897, 4 f.

lichen Ordnung.³⁴ An anderer Stelle verlasen einige Politiker Manifeste und hielten Reden, in denen zum Kampf der Deutschen gegen die Sprachenverordnungen aufgerufen wurde.³⁵ Erste Zusammenstöße ereigneten sich am Vormittag, wo auf dem Marktplatz in Eger inzwischen viele Menschen zusammengekommen waren, ohne jedoch die geringste Störung der öffentlichen Ordnung zu verursachen. Trotzdem marschierten starke Sicherheitskräfte auf. Zeitgleich endete der Gottesdienst in der nahegelegenen Kirche und die Besucher wollten über den Marktplatz nach Hause gehen. Daran wurden sie von den Gendarmen gehindert und zurückgetrieben, eine Frau wurde mit einem Bajonett verletzt.³⁶ Der Marktplatz wurde nun von einem starken Polizeiaufgebot geräumt. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten seitens der Polizei gegenüber vorwiegend Älteren und Kindern. Die Menschen leisteten keinen Widerstand und der Marktplatz leerte sich.³⁷

Nachmittags befand sich eine größere Anzahl von Menschen auf dem Marktplatz, die das typische Bild eines Sonntagnachmittags abgaben. Trotz des ruhigen und harmlosen Charakters schickte Statthaltereirat Stadler von Wolfersgrün eine berittene tschechische Polizeistaffel auf den Platz. Diese Maßnahme ließ ihn als Wortbrecher erscheinen, weil er Bürgermeister Gschier versprochen hatte, sie nur im äußersten Notfall einsetzen zu wollen, außerdem wirkte sie völlig überzogen. Der Akt wurde als Provokation empfunden, damit sich die Bevölkerung zu Ungesetzlichkeiten hinreißen ließe, welche die Polizei dann bekämpfen könnte.³⁸ Der Bürgermeister forderte die sofortige Abberufung der Wache, was auch geschah. Allerdings steigerte sich die Empörung in der Bevölkerung noch zusätzlich.³⁹

Die Deutschnationalen organisierten zwischenzeitlich eine Versammlung im benachbarten Waldsassen, jenseits der Grenze in Bayern. Etwa 10000 Personen folgten dem Aufruf. Dabei kam es zu einzelnen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und tschechischen Grenzwachen, zu Gewalttätigkeiten jedoch nicht. Auf bayerischer Seite befand sich kein Polizeiaufgebot, weil es die bayerische Regierung ablehnte, Dienste für die österreichische zu verrichten.⁴⁰

Waldsassen wurde unbehelligt und ohne Zwischenfälle erreicht. Die geplante Versammlung wurde vom Königlich Bayerischen Bezirksamt Tirschenreuth jedoch verboten.⁴¹ Es folgten Angriffe verschiedener Abgeordneter gegen die Nationalitätenpolitik der österreichisch-ungarischen Regierung, die auf Beschneidung der Rechte der Deutschen abzielte.⁴²

Schließlich setzte sich der Zug in Bewegung zurück nach Eger. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, in Eger jegliche Provokationen zu unterlassen und auf keine Brückierung seitens der Polizei zu reagieren.⁴³ Nach der Ankunft marschierte die

³⁴ J. Melzer, Deutscher Volkstag in Eger. 11. Juli 1897, Leipzig 1897, 23 f. Melzer war Redakteur der „Egerer Zeitung“ und verfasste als Augenzeuge einen Bericht über den Egerer Volkstag, der mit den Ausführungen anderer Lokalblätter übereinstimmt.

³⁵ Ebd., 26.

³⁶ Ebd., 31.

³⁷ Ebd., 33.

³⁸ Ebd., 41 f.

³⁹ Ebd., 42 f.

⁴⁰ Ebd., 43 ff.

⁴¹ Ebd., 45 f.

⁴² Ebd., 47 ff.

⁴³ Ebd., 49.

Menschenmenge vom Bahnhof zum Marktplatz. Vor dem Kaiser Joseph Monument wurde angehalten und das Lied „Wacht am Rhein“ gesungen.⁴⁴ Gegen Ende des Liedes rückte die Gendarmerie im Sturmschritt auf die Menge los, fällte das Bajonett und war anscheinend bereit, auf die Menschen, gemäß ihrer Weisung aus Wien, einzuschlagen. Als die Leute nicht sofort wichen, sah es einen Augenblick so aus, als ob die Gendarmen in die Menge feuern wollten. Nun entwickelte sich unter den Ordnungshütern eine Eigendynamik, so dass die Offiziere die Befehlsgewalt über ihre Mannschaften verloren. Die Teilnehmer des Volkstages wurden von hinten durch die tschechischen Truppen angegriffen. Ohne Rücksicht ritten diese in die Menge hinein und verteilten Säbelhiebe an jeden, der ihnen vor das Pferd kam. Für die Gewalttätigkeiten boten die Versammelten keinen Anlass. Es wurden viele verletzt, teilweise schwer, jedoch niemand getötet. Trotz der Ausschreitungen seitens der Ordnungstruppen verhielt sich die Egerer Bevölkerung verhältnismäßig ruhig, wenn auch teilweise der Eindruck entstand, dass sofort ein Aufstand ausbrechen würde.⁴⁵

In der Gemeindeausschusssitzung am 3. August 1897 wurde beschlossen, im Hof des Stadthauses in Eger ein Denkmal in Erinnerung an den Volkstag zu errichten.⁴⁶ Schließlich wurden folgende Worte des Dichters Felix Dahn ausgewählt:

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk,
Das höchste Gut des Volkes ist sein Recht,
Des Volkes Seele lebt in seiner Sprache:
Dem Volke, dem Rechte und unsrer Sprache treu
Fand uns der Tag, wird jeder Tag uns finden!“⁴⁷

Auf dem Egerer Volkstag wurde auf Schönerers Vorschlag hin folgender Eid geleistet, der als „Egerer Schwur“ oder „Egerer Eid“ bekannt wurde:

„Wir harren aus und werden, solange die Sprachenzwangsverordnungen in Geltung bleiben, den bisherigen entschiedensten Widerstand gegen jede Regierung fortsetzen. Regierungen vergehen, das deutsche Volk und sein Recht aber werden immerdar bestehen.“⁴⁸

Später wurde der Eid dahingehend interpretiert, sich für den Erhalt des Deutsch­tums in Böhmen einzusetzen.

Die Regierungsorgane befanden sich angesichts der Vorwürfe wegen des Polizeieinsatzes in Erklärungsnot. Der Statthaltereirat von Eger gab wegen des Protestes einer Abordnung der Stadt lediglich an, dass die Sicherheitsmaßnahmen berechtigt gewesen seien, da ein großer Zuzug fremder Menschen erwartet worden sei. Aus dem gleichen Grund wurde die Heranziehung der tschechischen Polizisten gerechtfertigt.⁴⁹

⁴⁴ Ebd., 49 ff.

⁴⁵ Ascher Zeitung, Nr. 56, 34. Jahrgang, 14. 7. 1897, 2. Die Berichte über die Ausschreitungen der tschechischen Truppen ähneln sich in fast allen Einzelheiten. Selbst die Zurufe der tschechischen Gendarmen sind bis auf wenige Wörter gleich. Die „Egerer Zeitung“ veröffentlichte ebenso einen langen Bericht über den Volkstag, der fast identisch mit dem der „Ascher Zeitung“ ist.

⁴⁶ Egerer Zeitung, Nr. 62, 51. Jahrgang, 4. 8. 1897, 2.

⁴⁷ Gemeindeamtsblatt der Stadt Eger, 12. Jahrgang, Bd. 15, August 1897, 154.

⁴⁸ Whiteside, Schönerer (wie Anm. 24) 156 f.

⁴⁹ Gemeindeamtsblatt der Stadt Eger, 12. Jahrgang, Bd. 13, Juli 1897, 129.

Als Reaktion auf die Polizeigewalt veröffentlichten 816 Professoren aus dem Deutschen Reich eine Kundgebung, in der sie ihre Sympathien für den Kampf der deutschen Kollegen in Böhmen und Mähren gegen die Sprachenverordnungen ausdrückten.⁵⁰

2.2. Die Folgen des Egerer Volkstages

Nach den Erfahrungen des Volkstages versuchte man, zum Boykott der tschechischen Mitbürger noch heftiger aufzuhetzen. So rief die „Egerer Zeitung“ wieder zu Sanktionen auf, wonach alle tschechischen Arbeitnehmer entlassen und alle Wohnungen, in denen sich tschechische Familien befanden, gekündigt werden müssten. Um keine Unschuldigen zu treffen, veröffentlichte man Listen mit tschechischen Mietern und Arbeitnehmern. Entschuldigungen von Hausbesitzern, warum sie den tschechischen Familien nicht kündigen könnten, weil z.B. die Wohnung länger leer stünde und keine Miete einbrächte, wurden nicht anerkannt. Jeder, der dem Aufruf nicht folgte, wurde öffentlich diffamiert. Man erklärte diese Vorgehensweise damit, dass in Zeiten des nationalen Existenzkampfes solche Maßnahmen gerechtfertigt seien.⁵¹ Gleichzeitig wurde in einem Artikel allen gedroht, die sich nicht am Boykott beteiligten, öffentlich als Verräter angeprangert zu werden.⁵² Die „Egerer Nachrichten“ wirkten ebenfalls an den Aufrufen mit.⁵³ Diese Appelle wurden auch gleich in die Praxis umgesetzt. Die Vergeltungsmaßnahmen trafen wiederum vor allem die Staatsbeamten, da diese nach dem Volkstag bei der Egerer Bevölkerung besonders verhasst waren.⁵⁴

Überhaupt war nach dem Egerer Volkstag zu beobachten, dass die Nationalitätenstreitigkeiten zwischen Deutschen und Tschechen immer öfter gewalttätig geführt wurden. Oftmals kam es zu Schlägereien und Verletzten.

Anfang August 1897 war die Stadt Brüx Schauplatz größerer Straßenschlachten zwischen Deutschen und Tschechen. Unterstützt wurden die Anstifter von tschechischen Bergarbeitern. Allabendlich zogen ca. 300 bis 400 Tschechen durch die Straßen Brüx', sangen nationale Lieder und riefen „Na Zdar“.⁵⁵ Erste Zusammenstöße ereigneten sich am 5. August 1897. Bewaffnete junge Tschechen versammelten sich am Marktplatz und griffen deutsche Passanten an. Aus den Nachbarorten kamen ebenfalls Tschechen angereist und beteiligten sich an den Krawallen. Diese weiteten sich aus und drohten zu eskalieren.⁵⁶

⁵⁰ Egerer Zeitung, Nr. 58, 51. Jahrgang, 21. 7. 1897, 1.

⁵¹ Egerer Zeitung, Nr. 63, 51. Jahrgang, 7. 8. 1897, 3.

⁵² Egerer Zeitung, Nr. 62, 51. Jahrgang, 4. 8. 1897, 3.

⁵³ Statthaltereipräsidium an Statthaltereirat und Bezirkshauptmann Eger, Nr. 14997, 24. 10. 1897, 380, Okresní Archiv Cheb (= OAC), Fond Čis.: 437 OÜ Cheb, Kartón Čis.: 22, Složka Čis.: 915 pres 1897, Kat. Č. 229, Příloh: 2.

⁵⁴ Postamt Eger an Bezirkshauptmannschaft Eger, ad Nr. 1843, 13. 8. 1897, 99, Statní Okresní Archiv Cheb (= S OAC), Fond Čis.: 437, Kartón Čis.: 22, Složka Čis.: C. inv. 522, Příloh: C. 601–1008, Časový rozsah: 1897.

⁵⁵ Tschechische Version der „Heil“-Rufe.

⁵⁶ In den Angaben über den Einsatz von Gendarmerie widersprechen sich die „Ascher Zeitung“ und das „Falkenau-Königsberger Volks-Blatt“. Während die „Ascher Zeitung“ berichtete, dass die städtische Wachmannschaft die Ordnung alleine wiederherstellen konnte, forderte dagegen nach Meldungen des „Falkenau-Königsberger Volks-Blattes“ der Brüxer Stadtrat Kaiser Gendarmerieverstärkung an.

Die Gewalttätigkeiten forderten das erste Todesopfer. Der stellvertretende Feuerwehrkommandant Franz Richter wurde von Tschechen überfallen. Anlass hierfür war der Ruf „Heil“ als Begrüßung innerhalb einer deutschen Ortschaft. Mit einem Ziegelstein wurde Richter tödlich am Kopf verletzt. Am 12. August 1897 wurde er unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beerdigt. Nach diesem Vorfall heizte sich die Stimmung in der Bevölkerung noch mehr auf. Nach der Trauerfeier wurde bekannt, dass ein weiterer Deutscher von einem Tschechen niedergeschlagen worden war. Die Gendarmerie nahm sich beider Fälle an, jedoch ohne konkrete Fahndungserfolge erzielen zu können.⁵⁷

Die Gemeinden im Egerer Bezirk führten nun ihre Beschlüsse über die Einstellung der Arbeiten im übertragenen Wirkungskreis aus. In der Gegend um Eger beendeten alle Gemeinden diese Arbeiten, mit Ausnahme der Gemeinde Schönthal. Dies bedeutete, dass die Gemeinden alle administrativen Amtierungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben waren, unterließen und damit den Arbeitsaufwand der chronisch unterbesetzten Bezirkshauptmannschaften beträchtlich erhöhten.⁵⁸

Nach all den Boykottmaßnahmen der Egerer Bevölkerung, der Gemeinden und Politiker war es eine logische Konsequenz, dass sich die tschechische Bevölkerung sehr unsicher fühlte und sich gegen die Schikanen wehrte. Die jungtschechischen Abgeordneten ergriffen dabei die Initiative und überreichten der Statthalterei Prag ein Beschwerdeschreiben, in dem sie ausführten, dass die Deutschen nicht mehr nur gegen die für das Königreich Böhmen und die Markgrafschaft Mähren herausgegebenen Sprachenverordnungen kämpfen würden, sondern sie würden die staatsrechtliche Einheit Böhmens und zusätzlich die gesetzlich festgelegte Gleichberechtigung der tschechischen mit der deutschen Sprache gefährden. Selbst nationale Rechte jedes Menschen, wie der Gebrauch seiner Muttersprache in der Privatsphäre und die Pflege seiner Nationalität, würden die Deutschen in ihren Kampf mit einschließen. Mit ungekannter Vehemenz, die einer gebildeten Nation unwürdig sei, werde an zahlreichen Orten Böhmens die Ehre, Existenz und persönliche Freiheit jedes einzelnen angegriffen, der in den deutschen Gebieten wohne. Der Zustand, dass Tschechen wegen des Gebrauchs der tschechischen Sprache und ihrer tschechischen Gesinnung aus Ämtern, Arbeitsplätzen und Wohnungen gekündigt, verspottet und sogar verhaftet würden, sei untragbar. Vor den Augen der Regierungsbeamten werde offen daraufhin gearbeitet, die Tschechen aus bestimmten Teilen Böhmens hinauszudrängen. Die öffentlichen Organe unternähmen nichts zum Schutz der tschechischen Nation. Daher sei es verständlich, dass deren Aufregung kaum gebremst werden könne.⁵⁹

Die Maßnahmen der Behörden zur Besänftigung der Gemüter vor Ort waren recht dürftig. Man begnügte sich damit, die Lokalblätter zu beschlagnahmen, allerdings mit sehr mäßigem Erfolg, da die Egerer Bürger auch hier sehr effektiv zusammenarbeiteten und damit die schwerfällige Bürokratie der offiziellen Stellen bloßlegten. Außerdem liegt bei den dermaßen miserablen Ergebnissen der Konfiskationen die Vermutung nicht fern, dass die Beamten vor Ort durch den Widerstand der Bevölkerung völlig entnervt waren, nur mehr geregelt und in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen wollten und den Konfiskationsordern der Statthalterei Prag nicht mit

⁵⁷ Ascher Zeitung, Nr. 66, 34. Jahrgang, 18.8.1897, 1.

⁵⁸ Egerer Zeitung, Nr. 64, 51. Jahrgang, 11.8.1897, 5 f.

⁵⁹ Egerer Zeitung, Nr. 62, 51. Jahrgang, 4.8.1897, 1.

letzter Energie nachkamen, weil die Beamten im Egerer Kreis die Verhältnisse besser einschätzen konnten als die vorgesetzte Behörde in Prag. Zudem waren sie es, die den Widerstand der Egerianer erdulden mussten.⁶⁰

Nach den Ereignissen um den Egerer Volkstag war eine konstruktive Arbeit im Reichsrat nicht mehr möglich, denn die deutschen Abgeordneten aller Parteirichtungen verhinderten mit ihrer Obstruktion die Verabschiedung von Gesetzen. Zur Aufrechterhaltung der Staatsgeschäfte wurde nun dazu übergegangen, Gesetze per kaiserlicher Verordnung zu erlassen, was wiederum den Zorn der deutschen Abgeordneten erregte, denn dies war eine Vorgehensweise in der Grauzone der österreichischen Verfassung. In der 30. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. November 1897 versuchte man nun, die Obstruktion der deutschen Parteien zu brechen, indem eine neue provisorische Geschäftsordnung eingeführt werden sollte. Die beschlossene Änderung der Geschäftsordnung sollte am nächsten Tag publiziert werden.⁶¹

Durch die jüngsten Vorfälle im Reichsrat wurde die Erregung der Bevölkerung wieder bedeutend gesteigert, die Demonstrationslust regte sich verstärkt. Auch in Eger riefen die Ereignisse im Reichsrat eine mächtige Aufregung hervor.⁶² So zogen am 26. November 1897 ca. 200 Personen, meist halbwüchsige Burschen, unter Singen der „Wacht am Rhein“ und unter „Heil“-Rufen durch mehrere Straßen der Stadt und über den Marktplatz. Vor der Schriftleitung der „Egerer Nachrichten“ brachen sie in „Heil“-Rufe auf Wolf und Schönerer aus.⁶³

Die folgende Sitzung war ein regelrechtes Spießrutenlaufen der Regierungsmitglieder. An geregelter Arbeit war überhaupt nicht zu denken. Beim Eintritt der polnischen Minister und Badenis erhob sich ohrenbetäubender Lärm, Gejohle und Pfeifen. Viele Abgeordnete, darunter auch zwei der Christlichsozialen Partei, Schneider und Bieloausek, drangen zum Präsidenten vor und beschimpften ihn.⁶⁴ Schließlich wurde Wolf unter größerer Gewaltanwendung aus dem Saal geschafft, verhaftet und eingesperrt, wogegen er heftig protestierte. Präsident Abrahamowicz erstattete Anzeige gegen den Abgeordneten Lecher, weil ihn dieser mit einem Tintenfass beworfen hatte.⁶⁵ Die Sitzung endete damit, dass Vizepräsident Kramář sie für geschlossen erklärte.⁶⁶

Die gewaltsame Ausweisung der Abgeordneten aus dem Parlament hatte in der Bevölkerung ein Nachspiel. Am 26. und 27. November 1897 zogen Tausende von Demonstranten durch die Straßen von Eger. National Gesinnte und Sozialdemokraten beteiligten sich daran.

⁶⁰ Statthaltereipräsidium an Bezirkshauptmann Eger, Nr. 8209, 14.6.1897, 390, SOAC, Fond Čis.: 437, Kartón Čis.: 21, Složka Čis.: Č. inv. 522, Příloh: Č. 1–600, Časový rozsah: 1897.

⁶¹ Egerer Zeitung, Nr. 95, 51. Jahrgang, 27.11.1897, 5.

⁶² Bezirkshauptmannschaft Eger an Statthaltereipräsidium, Z. 1043 praes. ai 1897, 4.12.1897, 545 ff, OAC, Fond Čis.: 437 OÚ Cheb, Kartón Čis.: 22, Složka Čis.: 1043 pres 1897, Kat. Č. 239, Příloh: 4.

⁶³ Bezirkshauptmannschaft Eger an Statthaltereipräsidium, Z. 1025 praes. ai 1897, 27.11.1897, 528 f., OAC, Fond Čis.: 437 OÚ Cheb, Kartón Čis.: 22, Složka Čis.: 1025 pres 1897, Kat. Č. 238, Příloh: 1.

⁶⁴ Egerer Zeitung, Nr. 96, 51. Jahrgang, 1.12.1897, 4.

⁶⁵ Egerer Zeitung, Nr. 96, 51. Jahrgang, 1.12.1897, 5.

⁶⁶ Egerer Zeitung, Nr. 96, 51. Jahrgang, 1.12.1897, 4.

Am 27. November 1897 wiederholten sich diese Demonstrationen in stärkerem Maß, die Teilnahme war größer. An diesem Abend wurden auch Fensterscheiben einiger tschechischer Häuser eingeschlagen.⁶⁷

Als sich am 28. November 1897 das Gerücht über Badenis Absetzung verbreitete, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen einiger Jugendlicher, die Gegenstände zerstörten und Fensterscheiben zertrümmerten. Einige Gruppen zogen, die „Wacht am Rhein“ singend, durch die Straßen. Auch am folgenden Tag gab es wieder mehrere Demonstrationsumzüge.⁶⁸

Am 3. Dezember 1897 wurde die offizielle Demission Badenis und seines Ministeriums in Eger bekannt. Überall in der Stadt bildeten sich Personengruppen, welche dieses Ereignis besprachen. Einzelne Trupps zogen unter Singen nationaler Lieder in die Stadt und sammelten sich, von der Polizei auseinander getrieben, wieder an verschiedenen Punkten der Stadt. An diesem Abend wurden zahlreiche Fenster von Juden und Tschechen eingeschlagen.⁶⁹

Nach Badeni wurde Gautsch Interimsministerpräsident, der die Gautschen Sprachenverordnungen erließ, eine Abmilderung der Badenischen, die jedoch die aufgeheizte Stimmung der Bevölkerung des Egerer und Ascher Kreises keinesfalls beruhigen konnten. Die Proteste gingen in den Jahren 1898 und 1899 mehr oder minder gewalttätig weiter. Erst die Abschaffung der Badenischen Sprachenverordnungen durch die Clary-Aldringschen Verordnungen konnte die Stimmung der Egerer Bürger beruhigen.

3. Der Nationalitätenkampf nach Abschaffung der Badenischen Sprachenverordnungen

Manfred von Clary-Aldringen hob die Gautschen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren mit den Verordnungen vom 14. Oktober 1899 auf. Er tat dies, um die Obstruktion der deutschen Abgeordneten im Reichsrat zu beenden.⁷⁰ Wegen der Abschaffung der Sprachenverordnungen kam es in vielen Orten mit tschechischen Bewohnern zu Krawallen. In Tabor wurden Fensterscheiben von Häusern, in denen Deutsche wohnten, eingeworfen, ähnliches ereignete sich in Taus. In Jungbunzlau schlugen Demonstranten die Fenster mehrerer Fabrikanlagen deutscher Unternehmer ein.⁷¹

Im Reichsrat begann nun die Obstruktion durch die jungtschechischen Abgeordneten. Vorläufig beschränkte sich diese darauf, die Tagesordnung durch endlose Reden und Wiederholung des Gesagten nicht zur Ausführung gelangen zu lassen.⁷²

⁶⁷ Bezirkshauptmannschaft Eger an Statthaltereipräsidium, Z. 1043 praes. ai 1897, 4. 12. 1897, 545 ff. OAC, Fond Čis.: 437 OÚ Cheb, Kartón Čis.: 22, Složka Čis.: 1043 pres 1897, Kat. Č. 239, Příloh: 4.

⁶⁸ Egerer Zeitung, Nr. 96, 51. Jahrgang, 1. 12. 1897, 3.

⁶⁹ Bezirkshauptmannschaft Eger an Statthaltereipräsidium, Z. 1043 praes. ai 1897, 4. 12. 1897, 545 ff. OAC, Fond Čis.: 437 OÚ Cheb, Kartón Čis.: 22, Složka Čis.: 1043 pres 1897, Kat. Č. 239, Příloh: 4.

⁷⁰ Harry Klepetař, Der Sprachenkampf in den Sudetenländern, I. Folge, Prag [u. a.] 1930, 108.

⁷¹ Ascher Zeitung, Nr. 85, 36. Jahrgang, 25. 10. 1899, 1.

⁷² Ascher Zeitung, Nr. 94, 36. Jahrgang, 25. 11. 1899, 4.

Ernest von Koerber, der am 19. Januar 1900 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm und sich über vier Jahre halten konnte, erzielte anfänglich Erfolge. So konnte er die Tschechen und die Deutschen im Reichsrat dazu bewegen, die Obstruktion aufzugeben, und wichtige budgetäre und militärische Maßnahmen im November 1900 erledigen. Im März 1901 passierte das erste Gesetz seit 1897 den Reichsrat. Die Obstruktion loderte wieder auf, als Koerbers Absichten zu den Sprachengesetzen bekannt wurden. In seinem Gesetzentwurf teilte er Böhmen in zehn Kreise ein, von denen fünf rein tschechisch, drei rein deutsch und zwei gemischt-sprachig sein sollten. Der Entwurf fiel wegen der Unversöhnlichkeit der beiden Nationalitäten durch. Die Deutschen lehnten die Einführung der inneren tschechischen Amtssprache strikt ab und verlangten klare Zusagen für die ethnisch-nationale Kreiseinteilung, während die Tschechen bemängelten, dass die formale Gleichberechtigung der tschechischen Sprache in allen Landesteilen, also auch in den deutschen, fehlte.⁷³

Die Reichsratswahlen 1901 waren für die „Schönererpartei“ und die anderen Nationalen ein großer Erfolg. 21 Abgeordnete der Vereinigung wurden gewählt, Schönerer wieder in Eger, ebenso Wolf, Iro, Stein und Bareuther. 20 der 21 Mandate errang man in Böhmen, hauptsächlich in den ländlichen Industriegebieten. Die „Schönererpartei“ war zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine der größten politischen Parteien. Die Deutsche Volkspartei erreichte 48 Sitze (Verlust 5), die Deutsche Fortschrittspartei 32, die Christlichsozialen 25 (Verlust 4) und die Sozialdemokraten 10 (Verlust 2).⁷⁴

Jede Diskussion über eine friedliche Koexistenz beider Nationalitäten war zu dieser Zeit in Böhmen unmöglich, da Tschechen und Deutsche ihr Motto „Svůj k svému“/„Jedem das Seine“ unerbittlich umsetzten. Auf dieser Grundlage konnte kein Kompromiss gefunden werden. Die Krise des Jahres 1897 wurzelte sicherlich in der Charakteristik der österreichischen Verfassung, dennoch war sie nicht unvermeidlich. Schönerers Führungspersönlichkeit machte sein Instinkt, nicht sein Intellekt aus. Die Alldeutschen besaßen kein gesellschaftliches Konzept dafür, was geschehen sollte, wenn man die Macht im Staat errungen hatte. Ihre Taktik bestand einfach darin, auf den Gegner einzuschlagen, wenn man Schwächen entdeckte und ihn so aus der Fassung zu bringen. Schönerers Absicht lag nur darin, die revolutionäre Bewegung am Leben zu erhalten und keine Realpolitik zu betreiben, da dies für ihn Illoyalität bedeutete. Joseph Kaizl und Karl von Grabmayer, beide Gegner Schönerers, urteilten, dass Schönerers Brutalität eine erfolgreiche politische Technik gewesen sei.⁷⁵

Im weiteren Verlauf bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges machten sich Deutsche wie Tschechen das tägliche Leben unnötig schwer. Hiervon waren besonders die Grenzgebiete und deutsche Minderheitensiedlungen, wie in Prag, betroffen. Die gegenseitigen Diskriminierungen und Versuche, sich der vermeintlichen Germanisierung bzw. Tschechisierung zu entziehen, steigerten sich teilweise ins Groteske. Der Mährische Ausgleich im Jahr 1905 konnte die nationalen Leidenschaften zumindest in diesem Teil besänftigen, allerdings steigerten sich die Nationalitätenstreitigkeiten hier nie derart wie in Deutschböhmen.⁷⁶

⁷³ Jörg K. Hoensch, *Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart*, München³ 1997, 397.

⁷⁴ Whiteside, *Schönerer* (wie Anm. 24) 191 f.

⁷⁵ Ebd., 196 f.

⁷⁶ Hoensch, *Geschichte Böhmens* (wie Anm. 73) 397 ff.

Im Zuge der Annexionskrise 1908, als Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina annektierte, flammten speziell in Prag die Nationalitätenkonflikte wieder auf. Anlass war der sog. Farbenbummel deutscher Studenten, der zu derart schweren Zusammenstößen führte, dass Ministerpräsident Richard von Bienenroth am 2. Dezember 1908 das Standrecht über Prag verhängte.⁷⁷

4. Die Auflösung der Habsburgermonarchie durch den Ersten Weltkrieg

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 läutete den Untergang der Donaumonarchie ein, denn Tomáš Masaryks Auslandsaktionen hatten zum Ziel, einen eigenen tschechoslowakischen Nationalstaat zu schaffen. Masaryks antihabsburgischen Tendenzen verschärfen sich während des Ersten Weltkrieges dahingehend, dass er nicht nur mit der Habsburgermonarchie, sondern auch mit dem Deutschen Reich brechen musste, denn seiner Meinung nach würde das deutsche Element bei einem Sieg der Mittelmächte vorherrschend in Europa der Nachkriegszeit sein. Er reduzierte Preußen auf Aggressivität und Militarismus, das die Völker Europas in ihrer Entfaltung bedrohen würde. 1916 schrieb er, dass die Tschechen die Deutschen und Ungarn nicht hassen würden, aber sie auch nicht liebten, sondern nur gerecht zu ihnen sein wollten. Die staatliche Selbstverwirklichung erreichten die anderen Nationen Europas, wenn das Nachkriegsdeutschland auf sein ethnisches Territorium beschränkt werden könnte, wofür er sogar die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland akzeptierte.⁷⁸

Masaryks Meinung nach musste Europa nach dem Krieg völlig neu nach dem Nationalitätenprinzip geordnet werden. Die kleinen Staaten sollten als Schutzriegel gegen die Großmächte Deutschland und Russland dienen, um deren Expansionsdrang nach Osten und Westen einzudämmen. Im Rahmen dieser europäischen Konzeption ordnete er auch die Rolle des zukünftigen tschechischen Staates ein, da die Tschechen seiner Ansicht nach reif genug seien, ihren Staat selbst zu verwalten. Er konzipierte den neuen Staat als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken, die vier Fünftel der Gesamtbevölkerung bilden sollten.⁷⁹

In diesem Zusammenhang war die Lösung des deutschen Minderheitenproblems eine dringende Aufgabe. Die Abtrennung der deutschen Gebiete lehnte Masaryk aus wirtschaftlichen Gründen ab, denn diese Regionen waren industriell weit entwickelt und ohne sie konnte der neue Staat nicht überleben. Er akzeptierte nur leichte Grenzkorrekturen mit der Abtretung einiger Grenzausläufer, die für die Lebenserhaltung des Staates nicht notwendig waren, z. B. Gebiete um Eger und eine Bevölkerungsverminderung auf deutscher Seite um ca. eine Million. Die Deutschen konnten in den Staat integriert werden, wenn man gute Beziehungen zu Deutschland und Österreich unterhielt, so dass die Deutschen zusätzlich durch eine maßvolle innere Verwaltung mit dem neuen Staat ausgesöhnt werden konnten. Hierbei übersah er jedoch den Statusverlust für die Deutschen, die unter österreichischer

⁷⁷ Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas 1848/49–1945/46, Bd. I: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchner Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939 (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs), München 2000, 365.

⁷⁸ Křen, Konfliktgemeinschaft (wie Anm. 2) 316.

⁷⁹ Křen, Konfliktgemeinschaft (wie Anm. 2) 318 f.

Verwaltung eine herrschende Klasse gewesen waren und nun in die Minderheitenrolle gedrängt wurden.⁸⁰ Bevölkerungstransfers stand Masaryk skeptisch gegenüber. Für ihn waren sie höchstens für die Wiener Tschechen sinnvoll, für die restlichen Deutschen sah er eher den Prozess der Garantie von Minderheitenrechte vor. Allerdings gab es bei ihm keinen Hinweis darauf, dass er die Möglichkeit sah, die Deutschen langfristig an den tschechischen Staat zu binden.⁸¹

5. Politische und wirtschaftliche Folgen der staatlichen Neuordnung in Bayern und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit

Das Ende des Ersten Weltkrieges mit dem einhergehenden Zusammenbruch der österreichischen Doppelmonarchie zog massive Konsequenzen für die Sudetendeutschen in der neugegründeten Tschechoslowakei nach sich. Die Hoffnungen auf einen Anschluss des Großteils der deutschen Gebiete an Deutschland erfüllten sich nicht, so dass sich die Deutschen als Minderheit in den tschechoslowakischen Staat integrieren und sich reorganisieren mussten, hierbei stießen sie auf vielfältige Probleme. Die sudetendeutsche Wirtschaftskraft war im ersten Jahrzehnt nach Beendigung des Ersten Weltkrieges sehr schwach, hierbei waren vor allem die Textil- und Porzellanindustrie, traditionelle Industriezweige, betroffen. Neben konjunkturbedingten Absatzeinbrüchen kamen Konkurrenzunternehmen aus der Slowakei auf, zusätzlich wurde die sudetendeutsche Produktivkraft durch staatliche Maßnahmen gehemmt. Deutsche Unternehmen wurden bei staatlichen Investitionen benachteiligt und außerdem musste ein gewisser Prozentsatz der Arbeiterschaft Tschechen sein, wohingegen für tschechische Unternehmen die umgekehrte Vorschrift nicht galt. Im Zuge der Organisation des neugeschaffenen Staates bemühte sich die tschechische Administration, den Gesamtstaat zentralistisch zu gestalten. Dies betraf im besonderen Maß die deutschen Grenzgebiete, die in sich sehr heterogen zusammengesetzt waren. Die Straffung des öffentlichen Lebens rief beständig Unruhe unter den Deutschen hervor, vermutete man hinter jeder Anordnung schlechende Tschechisierung.⁸²

Den zentralistischen Bestrebungen der Prager Regierung setzten deutsche Gemeinden zähen Widerstand entgegen. Man kämpfte verbissen um jedes Stück Autonomie, dies war besonders in der Schul- und Sprachenfrage zu beobachten. Viele deutsche Beamte mussten tschechische Sprachkenntnisse nachweisen und bei der Neueinstellung wurden diese gesondert geprüft. Hierbei unterlagen deutsche Bewerber oftmals schikanösen Tests, wobei sich die Verweigerung der Deutschen, die tschechische Sprache zu erlernen, besonders schwerwiegend auswirkte. Gleichzeitig wurde der emotionale Kampf um den Schutz des „nationalen Besitztums“, ein schwer zu fassender Begriff, der als Schlagwort in fast jeder Rede auftauchte, als Gegenbewegung zu den immer häufiger gegründeten tschechischen Schutzvereinen geführt, der nicht geeignet war, zu einer Verständigung zwischen beiden Völkern beizutragen.⁸³

⁸⁰ Ebd., 319 ff.

⁸¹ Ebd., 322.

⁸² Rudolf Jaworski, *Vorposten oder Minderheit. Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR*, Stuttgart 1977, 37 ff.

⁸³ Jaroslav Kučera, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918–1938*, München 1999, 203 ff.

Die Gründung des tschechoslowakischen Staates hatte gewaltige Änderungen im Schulwesen zur Folge. Deutsche Schulen wurden zahlenmäßig stark reduziert, lediglich die Universitäten blieben hiervon verschont. An Versuchen seitens der Prager Regierung fehlte es nicht, die nicht-tschechische Bevölkerung zu assimilieren, besonders das Minderheitsschulgesetz aus dem Jahr 1919 erleichterte dies. Für deutsche Minderheitenschulen galt die Vorschrift, dass eine Schule mindestens 40 Schüler aufweisen musste, andernfalls wurde sie geschlossen. Die gleiche Regelung wurde für tschechische Minderheitenschulen nicht angewandt.⁸⁴

Zu Beginn der 30er Jahre trat bei den Sudetendeutschen unter den Vorzeichen der Wirtschaftskrise im geistigen Leben verstärkt die Hinwendung zum nationalen Selbstbehauptungswillen ein. Auf vielen Gebieten des kulturellen Lebens waren Resignation, Staatsverdrossenheit und nationale Abkapselung zu spüren. Viele böhmische Intellektuelle wanderten nach 1918 nach Deutschland aus und hinterließen Lücken im geistigen Leben.⁸⁵

6. Die Verschärfung des deutsch-tschechischen Gegensatzes während des Nationalsozialismus

Konrad Henlein rief am 1. Oktober 1933 zur Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“ auf. Darin wurde die Zusammenfassung aller Deutschen in der Tschechoslowakei gefordert. Man bekannte sich zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft und sah die Hauptaufgabe in der Sicherung des Volksbesitzstandes. Die „Sudetendeutsche Heimatfront“ forderte eine gerechte Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen, im Besonderen erblickte sie in der wirtschaftlichen und sozialen Sicherung des Arbeiters eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erhaltung der Volkskraft. Damit sich Henlein an den Parlamentswahlen von 1935 beteiligen konnte, musste die „Sudetendeutsche Heimatfront“ in „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) umbenannt werden.⁸⁶

Zu Beginn der 30er Jahre schlug Henlein noch maßvolle Töne an, was damit zusammenhing, dass sich die Regierung Hitler noch konsolidierte und wenig Einfluss auf Henlein ausübte. Das änderte sich jedoch ab dem Jahr 1937, als Hitler die ersten militärischen Pläne zur offensiven Gebietserweiterung ausarbeitete. Der nationalsozialistische Flügel der SdP verfolgte unter K.H. Frank, dem späteren Staatsminister im Protektorat Böhmen und Mähren, eine möglichst schnelle Zerschlagung der ganzen ČSR. Henlein indessen war nur an der Durchsetzung der Autonomiebestrebungen der drei Millionen Sudetendeutschen interessiert.⁸⁷

Hitler erreichte jedoch in Unterredungen mit Henlein im März und Juli 1938, diesen zur Unterordnung unter seine Führung zu bewegen. Dies gelang im September 1938 in Eger, als Henlein das „Sudetendeutsche Ultimatum“ verkündete. Hintergrund waren blutige Zusammenstöße zwischen der Regierung und Sudetendeut-

⁸⁴ Ebd., 203 ff.

⁸⁵ Friedrich Prinz, Das kulturelle Leben (1867–1939) vom österreichischen Ausgleich bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder, Bd. IV: Der tschechoslowakische Staat im Zeitalter der modernen Massendemokratie und Diktatur, hg. von Karl Bosl, Stuttgart 1970, 151–299, hier 151 ff.

⁸⁶ Fritz Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, hg. vom Sudetendeutschen Archiv München, München² 1961, 85.

⁸⁷ Ernst Nittner, Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967, München 1967, 135.

schen. Im Ultimatum forderte man die Zurücknahme des Standrechtes, die Zurückziehung der Staatspolizei aus Bezirken mit deutscher Mehrheit, die Rückführung der Funktionen von Gendarmerie und aller übrigen Organe des SOS auf ihre festgesetzten Aufgaben und die Unterbringung aller militärischer Organe in rein militärischen Objekten und Kasernen sowie ihre Fernhaltung von der Zivilbevölkerung. Falls diese Forderungen zur Herstellung eines normalen Zustandes, unter welchem allein verhandelt werden könne, nicht binnen sechs Stunden angenommen, angeordnet, veröffentlicht und insbesondere durch den Rundfunk verbreitet werden würden, lehne die Führung der SdP jede Verantwortung für die weitere Entwicklung ab.⁸⁸

Henlein bereitete den Boden vor, auf dem im weiteren Verlauf die Annexion der Sudetengebiete vom Deutschen Reich forciert werden konnte. Die westlichen Regierungen und die tschechoslowakische Regierung standen nun unter Druck, da die Kriegsgefahr immer deutlicher zutage trat. Die Westmächte wollten jedoch unter allen Umständen den Ausbruch eines Krieges verhindern und gingen in ihrer „Appeasement“-Politik so weit, Hitler das Sudetenland zuzusprechen, da man der Ansicht war, ihn dadurch zügeln und den Krieg verhindern zu können.⁸⁹

6.1. Das Protektorat „Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich

Zum weiteren Auseinanderdriften zwischen Deutschen und Tschechen trugen die Schaffung des Protektorates Böhmen und Mähren 1939 und speziell Reinhard Heydrichs Politik der Jahre 1941 bis 1942 bei. Seine Protektoratspolitik war von weitgehenden Repressalien gekennzeichnet, die alle Bereiche des tschechischen Lebens betrafen. Durch tägliche Verhaftungen der entdeckten Widerstandskämpfer und andere Zwangsmaßnahmen wollte er seine Macht demonstrieren, um keinen Zweifel in der Bevölkerung aufkommen zu lassen, wer Herrscher im Land war. Gleichzeitig verringerte sich unter Heydrichs Herrschaft kontinuierlich die Lebensmittelversorgung für die tschechische Bevölkerung. Schwerarbeit leistende tschechische Arbeiter erhielten lediglich 72% der Fettration, die einem deutschen Arbeiter der gleichen Kategorie zugestanden wurden.⁹⁰

Die Gruppe „Anthropoid“, die beiden Fallschirmspringer Kubiš und Gabčík, hatte den Auftrag aus London erhalten, Heydrich zu töten. Wer genau den Befehl erteilte, ist unklar. Sicher ist hingegen, dass Edvard Beneš und der Chef des tschechischen Geheimdienstes, František Moravec, die Weisung an die Gruppe kannten. Das Attentat erfolgte am 27. Mai 1942 in der Haarnadelkurve in Prag-Libeň. Kubiš warf eine Handgranate, die Heydrich schwer verletzte. Am 4. Juni 1942 erlag er seinen Verletzungen.⁹¹

Nach dem Attentat auf Heydrich verfügte Heinrich Himmler am 27. Mai 1942 an Karl Hermann Frank, 10000 Geiseln zu verhaften, die in erster Linie aus der gesam-

⁸⁸ Ebd., 215.

⁸⁹ Habel, Dokumente zur Sudetenfrage (wie Anm. 86) 94 f.

⁹⁰ Miroslav Kárny, Jaroslava Milotová, Margita Kárná, (Hg.), Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Eine Dokumentation, Berlin 1997, 54 ff.

⁹¹ Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942, München, Wien 1969, 242 ff.

ten oppositionellen tschechischen Intelligenz auszuheben waren. Von den Hauptgegnern waren noch in derselben Nacht die 100 wichtigsten Personen zu erschießen.⁹²

Karl Hermann Frank übermittelte telefonisch am 9. Juni 1942 folgenden Befehl nach Prag: „dass aufgrund einer Führerbesprechung die Ortschaft Liditz (dt. Schreibweise) folgendermaßen noch am gleichen Tag zu behandeln ist“

- „1. Alle männlichen Erwachsenen sind zu erschießen,
2. alle Frauen sind in ein Konzentrationslager zu überstellen,
3. die Kinder zu sammeln und, soweit eindeutschfähig, an SS-Familien ins Reich zu geben. Der Rest wird einer anderen Erziehung zugeführt,
4. die Ortschaft ist niederzubrennen und dem Erdboden gleichzumachen. Die Feuerwehr ist hierbei einzuschalten.“⁹³

7. Das Kriegsende und die Nachkriegszeit in Bayern und in der Tschechoslowakei

Die Stimmung in der oberpfälzischen Bevölkerung tendierte gegen Kriegsende dahin, nicht mehr an den Endsieg zu glauben. In der Oberpfalz trafen täglich Flüchtlinge ein und ab Ende Januar 1945 wurde der öffentliche Schnell- und Eilzugverkehr eingestellt. Ein Zeuge schilderte die Bombenangriffe:

„1945, eine Februarnacht, auch in Erbdorf voll Dröhnen der Bombenflugzeuge. Am nächsten Tag war Dresden vernichtet. Die Erschütterungen der Explosionen beim Angriff auf Nürnberg waren bis Erbdorf zu spüren. In den Wäldern lagen Stanielstreifen, von feindlichen Flugzeugen abgeworfen, um das Orten (per Radar) zu verhindern, bündelweise auch Flugblätter, die aufriefen, den verlorenen Krieg zu beenden.“⁹⁴

Hitlers Befehl vom 3. April 1945 zeigt klar auf, wie mit denjenigen umzugehen sei, die nicht mehr an den Endsieg glaubten:

„Gegen das Heraushängen weißer Tücher, das Öffnen der bereits geschlossenen Panzersperren, das Nichtantreten zum Volkssturm und ähnliche Erscheinungen ist mit härtesten Maßnahmen durchzugreifen. Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen.“⁹⁵

Im Großen und Ganzen gesehen, blieb die Nordoberpfalz von schweren Bombenangriffen verschont, abgesehen von einem schweren Bombenangriff auf den Eisenbahnknoten Schwandorf am 17. April 1945. Trotzdem verloren von Januar bis April 1945 510 Menschen ihr Leben bei Bombenangriffen. Allerdings wurden Gebiete der Oberpfalz nicht gezielt als Bombardierungsorte ausgewählt, sondern die Piloten warfen überschüssige Bomben ab, um das Gewicht zu verringern und dadurch Sprit zu sparen. Hierfür wählten sie das offene Feld.⁹⁶ Im Frühjahr änderte sich die Taktik der Alliierten. Inzwischen waren erste Berichte und Bilder von befreiten Konzen-

⁹² Kárny u. a., *Deutsche Politik* (wie Anm. 90) 280.

⁹³ Karl Vogel, *Lidice – ein Dorf in Böhmen. Rekonstruktion eines Verbrechens*, Berlin 1989, 17.

⁹⁴ Toni Siegert, *Kriegsende '45 in Nordostbayern. Das Drama der letzten Tage*, Pressath 1995, 10.

⁹⁵ Ebd., 12.

⁹⁶ Ebd., 23 f.

trationslagern bekannt geworden, so dass nun auch kleinere Ziele bombardiert wurden, um alles militärische und zivile Leben zum Erliegen zu bringen. So zielte ein Tiefflieger in Tirschenreuth auf eine Menschenmenge, die auf dem Marktplatz Schlange stand, um Fleisch und Margarine zu kaufen. Am 16. April 1945 attackierte ein Tiefflieger unterhalb des Mitterteicher Friedhofes den Personenzug Eger-Wiesau. Gleichzeitig fand eine Beerdigung statt. 14 Tote und zahlreiche Verwundete waren das Ergebnis. Im Regierungsbezirk Oberpfalz verloren von Oktober 1944 bis April 1945 ca. 4840 Menschen ihr Leben bei Luftangriffen.⁹⁷

Den schwersten Angriff erlebten der Truppenübungsplatz in Grafenwöhr am 5. und 8. April 1945 und die Stadt Schwandorf am 17. April 1945. Bei einem Angriff auf die Eisenbahnlinien verloren 1450 Menschen ihr Leben.⁹⁸

Trotzdem kam die Nordoberpfalz noch relativ glimpflich aus den Angriffen heraus. 623 Wohnungen wurden zerstört, was 8,4 % der Gesamtschäden ausmachte.⁹⁹

Am 20. April 1945 wurde Marktredwitz von dem 3. Bataillon der 90th Infantry Division besetzt. Hierbei wurde auch das alliierte Kriegsgefangenenlager in Fuchsmühl befreit, in dem die Gefangenen unter erbärmlichen Zuständen gehalten wurden.¹⁰⁰

Die 3. US Armee unter General Patton befand sich auf dem Vormarsch in den nordostbayerischen Raum und besetzte ohne größere Schwierigkeiten die wichtigsten strategischen Orte.¹⁰¹ Am 17. April 1945 traf die Order ein, sich weiter südlich Richtung Weiden und Grafenwöhr zu begeben und diese Regionen zu besetzen. Das XII. Korps sollte in die Tschechoslowakei einrücken, zunächst bis Cham, dann bis zur österreichischen Grenze.¹⁰² Grafenwöhr wurde am 19. April 1945 um 17.30 Uhr eingenommen. Oberstes Gebot war die Sicherung des Ortes. Am nächsten Tag erkundete eine Division den Ort und fand dabei große Mengen an Munition, Giftgas, Material aller Art und Lebensmittel vor, die sie sicherstellte. Während des Vorstoßes auf Grafenwöhr machte die US Army mehr als 700 Kriegsgefangene und stieß bei ihrem weiteren Vormarsch kaum auf Widerstand.¹⁰³

Anders verhielt es sich mit Weiden. Ein Aufklärungsflugzeug meldete Truppen und Feuer, außerdem drei sowjetische Kampfflugzeuge, die Ziele für schwere Bombeneinsätze markierten.¹⁰⁴ Am 22. April 1945 begann der Vormarsch auf Weiden. Der Angriff erfolgte von mehreren Seiten, die zwar durch Sperren gesichert waren, für die amerikanischen Truppen jedoch kein Hindernis darstellten. Der Vormarsch begann gegen 6.45 Uhr. Um die Mittagszeit war Weiden besetzt. Vereinzelt wurde auf die Amerikaner geschossen. In Weiden befreite man 200 alliierte Kriegsgefangene und nahm mehrere hundert deutsche Soldaten gefangen, wodurch Unruhe entstand und sich die Amerikaner für die Aufrechterhaltung der Ordnung kümmern mussten.¹⁰⁵

⁹⁷ Ebd., 25 ff.

⁹⁸ Ebd., 29 f.

⁹⁹ Ebd., 31.

¹⁰⁰ Ebd., 40.

¹⁰¹ Ebd., 99 ff.

¹⁰² Ebd., 101 ff.

¹⁰³ Ebd., 107 ff.

¹⁰⁴ Ebd., 109.

¹⁰⁵ Ebd., 113 f.

Allgemein lässt sich feststellen, dass der Widerstand seitens der Deutschen gering bis nicht vorhanden war. Größere Probleme bereiteten die Einnahme von Vohenstrauß, im Raum Schirnding wurden die Amerikaner stundenlang heftig beschossen, so dass der Einsatz von Panzern nötig war.¹⁰⁶

Auf den hartnäckigsten Widerstand stießen die Amerikaner bei ihrem Vormarsch auf Konnersreuth. Einheiten der Waffen-SS eröffneten das Feuer auf die heranrückenden Amerikaner, wobei zwei Menschen starben und beschossen einen US-Aufklärer. Die Amerikaner mussten drei Kampfbomber einsetzen, um den Widerstand zu brechen.¹⁰⁷

7.1. Die Vertreibung der Sudetendeutschen

Nach der Befreiung von den Nationalsozialisten ergriff weite Teile der tschechischen Bevölkerung eine Welle des nationalen Radikalismus. Die staatliche Definition der deutschen Bewohner als eine unzuverlässige staatstragende Schicht wurde von Nationalausschüssen, Revolutionsgardisten und Verwaltungskommissionen benutzt, Aktionen zur Aussiedlung oder zur ungeordneten Vertreibung der Deutschen aus vielen Orten zu veranlassen. Oftmals war das Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen die Deutschen kompromisslos und von brutalen Ausschreitungen gekennzeichnet. Ab den Sommermonaten 1945 wurden Internierungs- und Sammellager eingerichtet, in denen neben Menschen mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit auch viele Unschuldige, darunter Frauen und Kinder, eingesperrt wurden. In den ersten Tagen und Wochen nach dem Krieg ereigneten sich in einigen Orten, wie Teplitz/Teplice oder Aussig/Ústí nad Labem Massaker an der deutschen Bevölkerung.

Nach der Konferenz von Potsdam¹⁰⁸ fanden die Vorbereitungen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei statt, die in drei Etappen vonstatten gehen sollte. Hierbei war es verboten, Deutsche abzuschieben, die für die Industrie der Grenzgebiete wichtig und nötig waren. In der nächsten Etappe sollten die anderen Deutschen folgen, außer den Spezialisten in Betrieben und Antifaschisten, in der letzten wurde die Frage der Facharbeiter gelöst.¹⁰⁹

Durch verschiedene Präsidialdekrete, die sog. „Beneš Dekrete“, wurden Grund und Boden der Deutschen beschlagnahmt und ihr Vermögen eingezogen. Von diesen Maßnahmen wurden Deutsche ausgenommen, die nachweisen konnten, sich antifaschistisch betätigt und für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei gekämpft zu haben. Die enteigneten deutschen Bauern durften vorerst, sofern sie nicht in ein Lager eingewiesen wurden, auf ihren Höfen bleiben und als Tagelöhner oder

¹⁰⁶ Ebd., 121.

¹⁰⁷ Ebd., 72.

¹⁰⁸ Nach Abschluss der Konferenz von Potsdam, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 dauerte, veröffentlichten Großbritannien, die USA und die UdSSR eine Mitteilung über die Ergebnisse der Konferenz. Unter anderem befasste sie sich mit der Verwaltung des besetzten Deutschlands, der Zahlung von Reparationen, der Entmilitarisierung und der Abtrennung von Gebieten des früheren Deutschen Reiches an die UdSSR und Frankreich. Artikel XIII regelte die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung. (Teheran, Jalta, Potsdam. Dokumentensammlung, Moskau 1978, 430 f.)

¹⁰⁹ Zdeněk Radvanovský, Zur Vertreibung und Aussiedlung der Sudetendeutschen aus dem Grenzgebiet Nordwestböhmens in die sowjetische Besatzungszone in den Jahren 1945–1946, Ústí nad Labem 1993, 7 ff.

gegen Kost und Logis für den staatlichen Verwalter arbeiten. Große Einschnitte für die Deutschen bedeutete die Verordnung des Finanzministeriums vom 22. Juni 1945, wonach alle Zahlungen an Deutsche, die 2000 Kronen überstiegen, nur auf Sperrkonten erfolgen durften. Außerdem mussten alle Wertsachen, die Deutsche besaßen, wie Finanzmittel oder andere Wertgegenstände, auf Sperrdepots hinterlegt werden. Am 31. Juli 1945 wurde die Reichsmark als Zahlungsmittel abgelöst. Die Summen auf den Sperrkonten wurden monatlich im Verhältnis 1:10 ausbezahlt, wobei die Höchstgrenze bei 600 RM lag. Staatlich unzuverlässige Personen erhielten lediglich den herabgesetzten Betrag von 30 RM monatlich. Weiterhin wurde das Alltagsleben der Deutschen eingeschränkt. So durften Deutsche keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Es war verboten, Radio zu hören, zu telefonieren, außerdem mussten Radios, Fotoapparate oder Fahrräder abgeliefert werden, die Postsendungen wurden zensiert.¹¹⁰ Alle Deutschen unterlagen einer strengen Meldepflicht und waren verpflichtet, Abzeichen auf der Kleidung zu tragen, die sie als Deutsche kennzeichneten und waren in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie mussten Sperrstunden und Ausgehverbote beachten, durften sich nicht in den Wäldern, außer zur Arbeit und in Gaststätten aufhalten. Da Deutsche grundsätzlich als staatlich unzuverlässig angesehen wurden, unterlagen sie einer strengen Beobachtung durch die staatlichen Organe. Ohne besonderen Grund konnten bei ihnen Hausdurchsuchungen oder Ausquartierungen vorgenommen werden, wobei die Vorschriften und Regeln nicht eingehalten werden mussten. Viele der Repressalien wurden unter dem Vorwand für Vergeltungsmaßnahmen für „Werwolf-Aktionen“, Rebellionen, Sabotage oder Ausbruchsversuche aus Lagern unternommen. Ziel hierbei war die Einschüchterung der Deutschen, damit sie die Umwälzungen in der Tschechoslowakei passiv aufnahmen.¹¹¹

In den ersten Jahren nach dem Krieg genossen die Deutschen in der Tschechoslowakei keine staatsbürgerlichen Rechte. Nach der Annexion des Sudetengebietes 1938 und der Tschechoslowakei 1939 hatten die Deutschen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Allgemeinen Gepflogenheiten des Völkerrechts zufolge hätten die Sudetendeutschen nach der Rückgliederung der deutschen Gebiete in die Tschechoslowakei auch die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhalten müssen, was jedoch unterblieb. In diesem Zusammenhang kann man nicht von der Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft sprechen, sondern von der Unterlassung der Neuverleihung. Der Status der Deutschen wurde nach dem Krieg bewusst dem der Juden der letzten Jahre angeglichen. Sie mussten Armbinden mit den Buchstaben „N“¹¹² oder „P“¹¹³ tragen, bekamen völlig unzureichende Lebensmittelrationen und spürten im Alltag ihre Rechtlosigkeit.¹¹⁴ Eine gewisse Ausnahmestellung hatten die Deutschen inne, die als Antifaschisten anerkannt waren und die sudetendeutschen Facharbeiter, die eine „Spezialisten-Legitimation“ (Rote Karte) besaßen. Die letztere Gruppe war zwar vor den schlimmsten Willkürmaßnahmen geschützt, musste aber größtenteils auch ihre Wohnungen räumen.¹¹⁵

¹¹⁰ Emilia Hrabovec, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947, Frankfurt/Main ²1996, 132 ff.

¹¹¹ Ebd., 134 f.

¹¹² Němec = Deutscher.

¹¹³ Práce = Arbeitsdienst.

¹¹⁴ Rudolf Urban, Die sudetendeutschen Gebiete nach 1945, Frankfurt/Main u. a. 1964, 24 f.

¹¹⁵ Ebd., 25.

Im August 1947 verfügte das Innenministerium einen Erlass, wonach alle Deutschen mit ihren Familien ins Landesinnere gebracht werden sollten, die zum Abschied bestimmt waren, weil sie zur Arbeit im Bergbau oder in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Die Umsiedlung stieß aber auf Widerstand bei einigen nicht-kommunistischen Parteien.¹¹⁶

Kulturelle Aktivitäten waren für die Deutschen in der Nachkriegszeit nicht möglich, denn der Gebrauch der deutschen Sprache allein wurde schon als Provokation aufgefasst. Die fortschreitende staatsbürgerliche Eingliederung änderte diesen Zustand. Die größte kulturelle Benachteiligung für Deutsche bestand im Schulwesen. Während anderen Minderheiten, wie den Madjaren oder Polen, Minderheitsschulen mit muttersprachlichem Unterricht zugestanden wurden, fehlten diese für Deutsche völlig. Im Jahr 1954 erfolgte die Einführung des deutschen Sprachunterrichts, den aber in der Anfangszeit deutsche Kinder nur mäßig besuchten, da dieser nicht Bestandteil des Pflichtunterrichts war, von tschechischen Lehrern erteilt und in der ersten Zeit von ausreichenden Leistungen in der tschechischen und russischen Sprache abhängig gemacht wurde. Erst in den 60er Jahren besserte sich der Besuch, denn nun konnten auch tschechische Kinder daran teilnehmen.¹¹⁷

Reges Kulturleben entfaltete sich jedoch nur in Gegenden mit stärkerer deutscher Bevölkerung. In Regionen, in denen sich die Deutschen in der Minderheit befanden, wurden Veranstaltungstermine oft nicht veröffentlicht oder wieder entfernt, wenn sie auf Deutsch verfasst waren.¹¹⁸

Das Alltagsleben zwischen Deutschen und Tschechen war weniger durch die Haltung von Politikern, sondern auf zwischenmenschlicher Ebene geprägt. Es standen sich nicht zwei kompakte Völker gegenüber, sondern Individuen unterschiedlichster Charaktere und mit verschiedenen Motivationen. Das Einzelschicksal hing konkret vom Verhalten des anderen in einer bestimmten Situation ab, von dem unbeeinflussbaren Fakt der Vertreibung abgesehen. Es gab Deutschenhasser auf tschechischer Seite und Tschechen, welche die nationale Trennungslinie durchschritten und Zivilcourage zeigten, obwohl dies streng bestraft wurde. Dass es hiervon mehr Tschechen gab, als bislang angenommen, zeigen die Presseberichte. Täglich waren Meldungen in den Presseerzeugnissen unterschiedlicher politischer Couleur zu lesen, in denen die Tschechen aufgerufen wurden, kein deutsches Eigentum zu verwahren, keine lagerentflohenen oder unangemeldeten Deutschen zu beherbergen oder unüberlegt antifaschistische Zeugnisse auszuschreiben. Im August 1945 erließ das Innenministerium einen offiziellen Appell, Deutschen nicht eigenmächtig Quartier, Lebensmittel oder andere Güter zu gewähren. Nationalistische tschechische Zeitungen bezeichneten Landsleute, die sich Deutscher annahmen als nationale Verräter und empfahlen, diese mit den Deutschen in das gleiche Lager zu stecken.¹¹⁹

Beamte des Nachrichtendienstes und der Staatspolizei berichteten über Tschechen, die Deutschen Vorteile gewährten, z. B. zusätzliche Nahrung beschafften oder unzulässige persönliche Freiheiten einräumten. Besonders scharf bestraft wurden

¹¹⁶ Ebd., 26.

¹¹⁷ Ebd., 32 ff.

¹¹⁸ Ebd., 34 ff.

¹¹⁹ Hrabovec, Vertreibung und Abschied (wie Anm. 110) 214 f.

Sympathiebekundungen seitens der Angehörigen von Lagerwachmannschaften oder des SNB.¹²⁰

Die Lage für die Deutschen in den Ostgebieten war nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sehr schwierig, nicht nur wegen der Repressalien der Besatzer, sondern auch in psychologischer Hinsicht. Viele wurden von dem hasserfüllten Nationalismus überrollt, mit dem sie nicht gerechnet hatten. Zudem bedeuteten der Zusammenbruch und die Kriegsniederlage mit den einhergehenden politischen Umwälzungen für manche das Ende der Welt. Hierauf erfolgte die erste Selbstmordwelle unter den Deutschen in den Ostgebieten, besonders in der städtischen Bevölkerung und in Mischgebieten, denn die Veränderungen waren tiefgreifend. Man verlor seine soziale Stellung und wurde zu einer vogelfreien Minderheit erklärt, hinzu kam die Angst vor „den Russen“, die jahrelang in der nationalsozialistischen Propaganda geschürt worden war. Man muss außerdem beachten, dass viele Deutsche vom Informationsfluss abgeschnitten wurden, sei es weil sie in Lagern lebten oder ihre Rundfunkgeräte abgeben mussten. Da der Gebrauch der deutschen Sprache verboten wurde und die wenigsten Tschechisch verstanden, war man auf mündliche Überlieferungen angewiesen, die nicht selten in wilden Gerüchten kumulierten.¹²¹

In der ersten Resignation kamen vereinzelt Verzweiflungstaten vor, so das Anzünden des eigenen Eigentums, um es vor dem Zugriff des tschechoslowakischen Staates zu bewahren.¹²²

7.2. Die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in Nordostbayern

Schon ab Januar 1945 hatte der nordostbayerische Raum mit einer Flut von Flüchtlingen zu kämpfen, die mit Beginn der Vertreibung nach Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens immer stärker answoll. Der Bericht des Flüchtlingskommissars Koberg für die Stadt Weiden/Opf. zeichnete im November 1946 ein eher düsteres Bild. Zu diesem Zeitpunkt waren 25% der Bevölkerung Weidens Ortsfremde. Die Wohnraumsituation gestaltete sich schwierig, da viele Wohnungen Weidens Altbauwohnungen mit schlechter Ausstattung waren, so dass aufgrund der einströmenden Flüchtlinge pro Person 4,98 m² zur Verfügung standen. Ende 1944 wurde der Flüchtlingsstrom so stark, dass ein Lager (Vereinshaus) eingerichtet werden musste. Von dort wurden die Flüchtlinge auf die Landkreise oder in Privatwohnungen verteilt. Die Flüchtlinge kamen vor allem aus Schlesien und der Tschechoslowakei. Bald waren die Auffanglager überfüllt und in der Stadt entstand ein heilloses Durcheinander. Besonders verschärft wurde das Chaos gegen Ende des Krieges, als sich die administrative Struktur aufzulösen begann und sich keine staatliche Stelle für die Flüchtlingsproblematik zuständig fühlte. Hier sprangen nun kirchliche Stellen ein, die das ehemalige Arbeitsdienstlager (Baracken am Schützenhaus) als Flüchtlingslager benutzten und die dort Untergebrachten so gut wie es ging versorgten. Am 15. August 1945 gründeten beide christlichen Konfessionen das Kirchliche Hilfswerk, das die Flüchtlingsbetreuung übernahm. Ab September wurde eine allgemeine Zuzugssperre für die Stadt Weiden verhängt, weil der Flüchtlingsstrom solche Ausmaße angenommen hatte, dass die Menschen nicht

¹²⁰ Ebd., 216.

¹²¹ Ebd., 217 f.

¹²² Ebd., 218 f.

mehr untergebracht werden konnten.¹²³ Die Flüchtlinge hingegen waren der Meinung, benachteiligt zu werden, da die Unterbringung sehr schlecht war. Von Seiten der Stadt wurde diesem Problem verstärkt die Aufmerksamkeit zugewendet und weitere Flüchtlingslager, Witt, Untere Bauscherstraße, Sonne und das Schützenhaus, eingerichtet. Später wurden ein Teil des Bahnhofsgebäudes und die Max-Reger-Schule als Lager genutzt, um den Flüchtlingszustrom besser lenken zu können. Im Februar 1946 nahm der Flüchtlingskommissar seine Arbeit auf. Im März 1946 wurde die Stadt mit der Genehmigung der Militärregierung zum „Brennpunkt des Wohnraumbedarfs“ erklärt. Das Flüchtlingslager Schützenhaus entwickelte sich immer mehr zum Durchgangslager, das im Durchschnitt 1000 Menschen wöchentlich passierten. Aufgrund der Wohnraumbeschlagnahmungen der Militärregierung für den eigenen Bedarf, für Ausländer und für die UNRRA Lager verschärfte sich die Wohnraumsituation noch mehr. Nunmehr wurden drei Hotels und Gasthäuser zu Lager umgewandelt. Die Einweisung von Vertriebenen in Privatwohnungen gestaltete sich immer schwieriger, da die Unzuträglichkeiten zwischen Einheimischen und Vertriebenen ständig zunahmen.¹²⁴

Mitte des Jahres 1946 trafen ein Transport von 900 Flüchtlingen aus Tachau/Tachov und ein Transport vom Regierungsauffanglager aus den Ostgebieten in Weiden ein. Daneben strömten viele Einzelgänger ein. Im September 1946 konnten die Durchgangslager aufgelöst und als Stammlager eingerichtet werden. Die Durchgänge wurden in das Regierungsauffanglager nach Regensburg oder nach Pfreimd weitergeschickt. Die Einweisung in Privatwohnungen war sehr schwierig, da es Streitigkeiten zwischen Oberbürgermeister und Flüchtlingskommissar gab. Der Oberbürgermeister erkannte in einigen Fällen die Befugnisse des Flüchtlingskommissars nicht an und behinderte so die Durchführung von Aufgaben, so dass der Regierungskommissar eingeschaltet werden musste. Im Laufe der Zeit verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen Wohnungsamt und Flüchtlingskommissar, denn bei der Wohnraumerfassung wurden bei der Beschlagnahme ein Wohnungsprüfer des Wohnungsamtes und einer des Flüchtlingskommissars hinzugezogen. Erschwerend kamen die Einzelgänger und die immer stärker ankommenden illegalen Grenzgänger, v. a. aus der SBZ, hinzu. Das Problem der Familienzusammenführung zeigte sich mehr denn je, da die Anträge auf Zuzugsgenehmigungen verstärkt eingereicht wurden. Das Austauschverfahren Kopf gegen Kopf wurde angewandt, wodurch sich aber die Schwierigkeiten mehrten, denn viele Flüchtlinge wollten nicht die Stadt Weiden verlassen und in den Landkreis umziehen, selbst wenn sie eine Privatwohnung erhielten.¹²⁵

Vom 1. Januar 1945 bis zum 31. Oktober 1946 gab die Stadt Weiden für die Flüchtlingsbetreuung 1 263 998,17 RM aus. In Weiden gab es elf Flüchtlingslager, in denen alle Flüchtlinge selbst kochen konnten. Die Unterbringung war relativ gut, da eine größere Anzahl von Einzelzimmern zur Verfügung stand. Allerdings waren die Baracken nicht winterfest und es regnete hinein. Man bemühte sich, die erforderlichen Baustoffe zur Instandsetzung zu erhalten, doch die Zuteilungen verzögerten sich.¹²⁶

¹²³ Stadtarchiv Weiden/Opf. (StA WEN), MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 4 ff.

¹²⁴ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 9.

¹²⁵ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 10 f.

¹²⁶ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 12.

Die Einquartierung der Flüchtlinge in Privatwohnungen war sehr mühsam, denn die Einheimischen widersetzten sich vehement der Zwangseinquartierung und zeigten für die Not der Flüchtlinge kein Verständnis. Klagen über Streitigkeiten zwischen Einheimischen und Flüchtlingen wurden dem Flüchtlingskommissariat häufig vorgetragen, wobei vor allem die gemeinsame Küchenbenutzung Probleme bereitete. Umquartierungen mussten oft wegen Überbelegungen oder Streitigkeiten vorgenommen werden, dabei war die Brennmaterialversorgung in den Einzelunterkünften problematisch, ebenso die fehlenden Kochmöglichkeiten.¹²⁷

Die Stadt Weiden erhielt ab Mitte des Jahres 1946 keine Flüchtlingstransporte mehr zugeteilt. Der Zuzug von Einzelpersonen war jedoch erheblich, wodurch die Wohnungssituation noch zusätzlich verschärft wurde. Facharbeiter bekamen eine Zuzugsgenehmigung, wenn sie vom Arbeitsamt eine Bescheinigung vorweisen konnten. Anderen Personen wurde der Zuzug nur im Austausch Kopf gegen Kopf zugestanden. Für die Familienzusammenführung war dieses Verfahren jedoch ungeeignet, da sich kaum Personen fanden, die bereit waren, aus der Stadt in den Landkreis zu ziehen.¹²⁸

Die Versorgung der Flüchtlinge war ebenfalls schlecht. Die Zuteilungen von Kleidung und Schuhen war unzureichend, so dass die vorhandene Kleidung stark abgetragen wurde und die meisten Flüchtlinge nur ein paar Schuhe besaßen. Teilweise konnten Kinder nicht die Schule besuchen, weil sie keine Schuhe hatten. Erschwerend kam hinzu, dass einige Schuhmacher in der Stadt Weiden Flüchtlinge als Kunden trotz Zuteilung ablehnten. Die Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge war genauso schlecht wie die der Einheimischen. Beschwerden kamen auf, da mancher Flüchtling der Meinung war, bei der Zuteilung von nichtbewirtschaftetem Gemüse gegenüber den Einheimischen benachteiligt zu werden.¹²⁹ Die mangelhafte Bekleidung behinderte beträchtlich den Arbeitseinsatz von Flüchtlingen, da diese nicht immer über die notwendigen Schuhe und Bekleidungsstücke verfügten. Die Arbeitsmöglichkeiten gestalten sich für die Flüchtlinge nicht immer einfach, da sie berufsfremd eingesetzt wurden, wodurch ihr Arbeitswille nicht gefördert wurde. Ihre persönliche Situation, die Trennung von der Familie, die schlechten Unterkünfte und die Unzufriedenheit über ihr hartes Schicksal, steigerten nicht den Arbeitswillen. Diejenigen Flüchtlinge, die Anträge auf Zulassung von Betrieben stellten, hatten mit Widrigkeiten durch die Einheimischen zu kämpfen, denn oftmals erhielten sie keine Gewerberäume. Klagen wurden laut, wonach einheimische Arbeitgeber Flüchtlingen entweder keine Arbeit gaben oder Einheimischen bessere Stellen zuteilten.¹³⁰

Zusammenfassend stellte der Flüchtlingskommissar der Stadt Weiden Koberg fest, dass die UNRRA Lager besser ausgestattet waren als die Flüchtlingslager der Stadt Weiden. Daher sollte der Versuch unternommen werden, die UNRRA Lager für die Flüchtlinge frei zu bekommen, denn das Verhältnis des Flüchtlingskommissars zur amerikanischen Besatzungsmacht war gut.¹³¹ In einem Bericht vom Oktober 1946 des kirchlichen Hilfswerkes Weiden wurde die Unterstützung seitens der Amerikaner zur Lösung der vielschichtigen Probleme beschrieben. Die Ver-

¹²⁷ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 13.

¹²⁸ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 13 f.

¹²⁹ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 14 f.

¹³⁰ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 16.

¹³¹ StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, 21.

sorgungslage war aufgrund von gewaltigen Plünderungen kritisch geworden, so dass Handel und Gewerbe keine Güter hergeben konnten. Aus UNRRA Beständen bekam die Hilfsstelle 1500 Wehrmatsmäntel und 2000 Paar Schuhe, ebenso veranlasste die Militärregierung in Weiden Zuteilungen. In diesem Bericht wird die Einstellung der einheimischen Bevölkerungen den Flüchtlingen gegenüber in einem besseren Licht dargestellt, denn bei zwei Spendenaktionen stellten die Weidener Bürger einiges zur Verfügung.¹³²

Das Hauptdurchgangslager für die Oberpfalz wurde in Wiesau aufgrund seiner Grenznahe errichtet. Der Bericht der Amtsärzte nach einer Inspektion des Grenzlagers Wiesau am 28. September 1948 gab ein düsteres Bild wieder. Das Lager war eigentlich als Übergangslager gedacht, aber einige Leute befanden sich schon seit Monaten im Lager und warteten auf ihre Umsiedlung. Zum Zeitpunkt des Besuchs war das Lager mit 1300 Menschen belegt. Die Wohnbaracken waren sehr einfach eingerichtet, es gab Tische und Stühle, aber Schränke oder Behältnisse zur Aufbewahrung von Kleidung und anderen Gegenständen fehlten fast überall. Daher sah es durch herumliegende Gegenstände trostlos aus. Daneben gab es trotzdem Baracken, die wohnlicher eingerichtet waren, obwohl auch hier Schränke fehlten, was den Ärzten als Beweis diente, dass die Baracken durchaus freundlich eingerichtet werden konnten, wenn bei den Bewohnern der Wille hierfür vorhanden war. Allerdings verhinderte der Charakter als Durchgangslager die Bemühungen der Bewohner, mehr als das Nötigste zu tun. Der Zustand der Krankenbaracken war zufriedenstellend, ebenso der der Küche wie auch die Verfassung des Personals, was Infektionskrankheiten anging. Die Waschräume sahen lagermäßig aus. Die Wasserversorgung war ungenügend, darüber gab es immer wieder Klagen. Das Manko wurde durch den Einbau einer neuen Wasserpumpe behoben. Das Lager war an die Wasserleitung und an die Kanalisation angeschlossen, trotzdem konnten einige Bewohner nicht dazu erzogen werden, das Abwasser in die dafür vorgesehenen Schächte zu schütten, sondern entsorgten dies in der Nähe der Baracken. Die Verpflegung war gut und ausreichend, dennoch beschwerten sich die üblichen Querulanten über die schlechte Versorgung. Die Ärzte kamen zu dem Schluss, dass die Lagerleitung und die Behörden alles unternahmen, um das Los der Flüchtlinge zu lindern.¹³³

Auch zwei Jahre später hatte sich an der katastrophalen Situation nicht viel geändert. In einem Kontrollbericht vom Januar 1950 wurden die Zustände im Grenzlager Wiesau geschildert. Obwohl es die Einstufung als Grenzlager seit Beginn des Jahres 1950 verloren hatte, trug es immer noch diesen Charakter. Zum Zeitpunkt der Kontrolle befanden sich 1300 Insassen im Lager, so dass es zu einem Stamm- lager wurde. Schleusungen fanden fast keine mehr statt. Alle Baracken waren aus Holz gebaut und standen mit Ausnahme der Schulbaracke auf Piloten. Lediglich drei Baracken waren unterteilt, die anderen stellten Massenquartiere dar. Der Bauzustand war mittelmäßig. Die Sollbelegung von 1300 war ausgeschöpft, nach Abzug aller nicht bewohnbaren Stellflächen blieben pro Flüchtling nicht einmal 4 m² übrig. Die sanitären Einrichtungen waren weder ausreichend noch vorbildlich, dasselbe traf auch für die Waschküche zu, die so klein war, dass sie nur einem

¹³² StA WEN, MS 294, Bericht des Flüchtlingskommissars, Anlage 6, 2.

¹³³ Staatsarchiv Amberg (StaA AM), Regierung der Oberpfalz (Reg. d. Opf.), 4765, Flüchtlingslager Wiesau, 8.11.1948.

Kochkessel und keinen Trockenräumen Platz bieten konnte, so dass die Vertriebenen gezwungen waren, ihre Wäsche in den Wohnräumen zum Trocknen aufzuhängen. Der Lagerarzt bezeichnete den Gesundheitszustand im Lager als durchschnittlich befriedigend. Die Winterbeheizung war sichergestellt, überall gab es Öfen und genügend Brennmaterial, das jedoch teilweise im Freien lagerte. Seit der Währungsreform besserte sich der Kleidungszustand der Insassen und wurde als durchschnittlich gut angesehen. Nur 124 Menschen gingen einer Arbeit nach, andere erhielten soziale Unterstützung und der große Rest erhielt Lagertaschengeld in Höhe von 10 DM monatlich. Ein großes Problem stellte die fehlenden Lagerwerkstätten dar, da es viele junge beschäftigungslose Menschen im Lager gab, die den Tag über herumlungerten. Zwar gab es eine Lagerschule, aber die Berufsausbildung für Lehrlinge war nicht sichergestellt. Die Lagerverpflegung war unzureichend, da es nur einen Koch gab, obwohl ein zweiter eingestellt werden sollte. 900 Menschen wurden gemeinschaftlich verpflegt, 178 waren Selbstversorger. Die Wasseruntersuchung im Oktober 1949 ergab, dass das Wasser nicht keimfrei war. Der Ermittlungsbeauftragte Schlegel konstatierte, dass das Lager stark überbelegt war und die Menschen aufgrund der jahrelangen Sonderstellung immer gereizter wurden. Sie wollten endlich eine neue Heimat finden, was nur durch die endgültige Einweisung in die Landkreise erreicht werden könnte. Zudem waren die Wege im Lager sehr kotig, weil verschiedene Tiere gehalten wurden, für die es keine Futtergrundlage gab. Schlegel empfahl die Einrichtung von Holzlegen, da die Lagerung von Brennmaterial, Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen unter den Betten in den Baracken ein unhaltbarer Zustand war.¹³⁴

Das Lager Wiesau behielt jedoch im Jahr 1950 seinen Status als Grenzlager, wenigstens formal, da das Finanzreferat Bedenken gegen eine andere Einstufung vorbrachte. Von einer erneuten Belegung mit Flüchtlingen wurde abgesehen, mit Ausnahme von Einzelfällen, wie der Familienzusammenführung.¹³⁵

8. Die Machtergreifung der Kommunisten in der Tschechoslowakei

Das Jahr 1948 war in der Tschechoslowakei durch die rivalisierenden politischen Kräfte der Nationalen Front und der nichtkommunistischen Opposition bestimmt. Hierbei setzten sich die trennenden Elemente durch. Zwar versammelte sich die Nationale Front auf Initiative Gottwalds noch zweimal, aber man konnte sich nicht einmal auf einen Wahltermin einigen. Die Kommunisten maßten der Nationalen Front keine große Bedeutung mehr bei, entschlossen sich zum Mittel der Kampf abstimmung zu greifen, anstatt nach Kompromisslösungen zu suchen. Ähnlich sah es in der Regierung zu Anfang 1948 aus. Über unbedeutende Anliegen konnte man sich noch einigen, aber Streit und Kampf abstimmungen bestimmten das politische Bild. Die ernstesten Streitpunkte bildeten Fragen über die Arbeit der Sicherheitsorgane. Zwischen Innenminister Nosek (KSČ) und Justizminister Drtina (VS) spitzte sich der Konflikt besonders zu. Während die nichtkommunistischen Parteien nach einem Kompromiss suchten und immer wieder an die Kommunisten appellierten, sich kompromissbereit zu zeigen, lehnten die Kommunisten jegliches Nachgeben ab.

¹³⁴ BayHStA, MArb, Landesflüchtlingsverwaltung, 902, Kontrollbericht der Regierung der Oberpfalz, 13. Januar 1950, Abtl. IV C/4-Fl. Ic Schle/M., 1 ff.

¹³⁵ BayHStA, MArb, Landesflüchtlingsverwaltung, 902, V/13-8150 a, 26.

Beide Ressorts entzogen sich im Laufe der Krise immer mehr der Regierungskontrolle. Die Gewerkschaften trugen ebenfalls zur Regierungskrise bei, indem sie sich nicht auf die Seite der Regierungsmehrheit stellten, sondern beschlossen, ihren eigenen Weg einzuschlagen. Dieses innenpolitische Vakuum konnte das Nebensystem der Nationalen Front ausfüllen und arbeitete hierbei den Kommunisten zu, die immer mehr an Oberhand gewannen und nach und nach die politische Arena bestimmten.¹⁵⁶

Die eigentlichen Auslöser für die Regierungskrise im Februar 1948 waren der Streit über die Regelung der Gehälter der Staatsangestellten, der länger schwelende Streit um die Sonderbesteuerung der Millionäre und der Streit um die Sicherheitsorgane, in denen sich die Kommunisten immer mehr Schlüsselpositionen sicherten.¹⁵⁷

Ende Februar 1948 traten zwölf Minister von ihrem Amt zurück und reichten bei Präsident Beneš ihre Demission ein. Sie erklärten ihren Schritt damit, dass der kommunistische Innenminister den Regierungsbeschluss vom 13. Februar, wonach die Versetzung von acht Gebietssicherheitskommandanten in Prag rückgängig gemacht werden sollte, nicht befolgte. Die Minister verfolgten mit diesem Schritt das Ziel, die Regierung zu stürzen und Neuwahlen zu erzwingen, stellten jedoch lediglich eine Minderheit in der Regierung dar, so dass die Majorität der Regierung bestehen blieb und damit der Zweck nicht erreicht wurde. Den Ministern konnte man vorwerfen, dass sie sich nicht die Unterstützung der Majorität der Regierung sicherten und deshalb die Regierung erfolgreich zu stürzen gewesen wäre.¹⁵⁸ Die demissionierten Minister nahmen an, dass die Regierungskrise auf konventionellem Weg gelöst werden würde, durch Verhandlungen und Übereinkommen zwischen den Parteien und dem Präsidenten. Die Kommunisten gingen in dieser Situation einen völlig neuen Weg, der zwar nach außen verfassungskonform aussah, tatsächlich aber den Boden der Verfassung aushöhlte. Die Kommunisten sahen den Rücktritt der Minister nicht als politischen Akt an, sondern als Angriff von Staatsfeinden auf den Bestand der Tschechoslowakischen Republik.¹⁵⁹

In den folgenden sechs Tagen entfalteten Kommunisten und Nichtkommunisten hektische Aktivitäten, um die Regierungsmacht an sich zu reißen. Die Kommunisten schafften es hierbei, die Mehrheit der Machtbereiche in der Regierung für sich zu gewinnen, politisch aktive Bürger für ihre Ziele zu mobilisieren und die Spaltung innerhalb des nichtkommunistischen Blocks weiter voranzutreiben. Gleichzeitig liefen die Säuberungen in allen Parteien an. Da Präsident Beneš die Demission der Minister noch nicht angenommen hatte, setzten ihn die Kommunisten unter Druck. Sie stellten ihm ein Ultimatum, in dem es von seiner Antwort abhängen sollte, ob in Zukunft mit ihm weitergearbeitet werden könnte oder ob gegen ihn gekämpft werden müsste. Am 25. Februar 1948 überbrachten Gottwald, Nosek und Zápotocký Beneš den Entwurf der neuen Regierung und forderten, er solle die Demission annehmen und die neue Regierung ernennen. Später überreichte Beneš Gottwald die Ernennungsurkunden für die neuen Regierungsmitglieder. Sogleich

¹⁵⁶ Karel Kaplan, *Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945–1948*, München, Wien 1981, 201 ff.

¹⁵⁷ Ebd., 203 ff.

¹⁵⁸ Ebd., 225.

¹⁵⁹ Ebd., 226.

verkündete Gottwald durch den Rundfunk die neue Regierung. Damit war die Krise beendet. Der neuen Regierung gehörten elf Kommunisten, acht Mitglieder anderer Parteien, zwei Vertreter der Gewerkschaften und drei Parteilose an. Der Weg der Tschechoslowakei in den sowjetischen Machtbereich war dadurch geebnet, der 1955 mit der Aufnahme in den Warschauer Pakt abgeschlossen war.¹⁴⁰

Nach der kommunistischen Machtübernahme setzte ab 1948 eine Fluchtbewegung unter politisch verfolgten Tschechen ein, die um Aufnahme in der amerikanischen Besatzungszone baten. Die USA waren nach dem Putsch diejenige Macht, die sogleich die Auswirkungen spürte, lag die amerikanische Besatzungszone direkt an der Grenze zur ČSR. Der politische Berater General Clays, Robert Murphy, gab am 26. Februar 1948 die Erklärung ab, dass die USA einen größeren Flüchtlingsstrom politisch Verfolgter aus der kommunistischen Tschechoslowakei in die amerikanische Zone erwarteten und sich auch bereit erklärten, diesen Asyl zu gewähren. Außerdem erkannten die USA das neue Regime zwar an, standen aber dem Ablauf kritisch gegenüber. Die einzig praktische Reaktionsmöglichkeit auf die kommunistischen Umwälzungen sah man in der aktiven Fluchthilfe und in der Aufnahme von Regimegegnern, um im ausgebrochenen Kalten Krieg propagandistisch präsent zu sein.¹⁴¹

Die Gottwald Regierung erlangte nach einiger Zeit Kenntnis über die Fluchthilfe des Westens und konnte einige Fluchtbewegungen vereiteln, wie die der Regimegegner Šrámek und Hála oder Hubert Ripkas, wobei kommunistische (Doppel-)agenten den Hauptanteil daran trugen. Erfolgreich und teilweise spektakulär verliefen die Flucht von Julius Firt, Petr Zenkl¹⁴² oder des Generalsekretärs im Außenministeriums Arnošt Heidrich. Zur Eindämmung der Fluchtbewegungen wurden die westlichen Vertretungen von der kommunistischen Führung streng überwacht, folglich kamen die Kontakte zwischen Ausreisewilligen und den westlichen Botschaften fast völlig zum Erliegen.¹⁴³

Schon zu dem Zeitpunkt, als der Putsch erkennbar wurde, richtete der tschechoslowakische Journalist Pavel Tigrid ein Memorandum an die Militärregierung, in dem er vor einer größeren Fluchtwelle politisch Verfolgter warnte, die zumeist illegal nach Bayern kommen würden. Die Besatzer hatten aber noch kein Konzept zur Hand, wie sie mit den IBC (Illegal Border Crosser) umgehen sollten. Erste allgemeine Direktiven erließ Murray D. van Wagoner, der Land Director der Militärregierung für Bayern, in denen die Illegalen sofort dem CIC zu übergeben waren, sicherheitspolizeilich überprüft werden sollten und dann den lokalen deutschen Behörden überstellt werden sollten, die sie nicht als illegale Grenzgänger behandeln durften. Kurz nach dem Putsch war der Grenzübergang relativ problemlos möglich, denn sie wurde noch nicht hermetisch abgeriegelt. So flohen am 27. Februar 1948 der stellvertretende Bürgermeister und der Kriminalinspektor von Marienbad/Mariánské Lázně aus über die grüne Grenze nach Waldsassen. Einen Tag später griff die bayerische Grenzpolizei in Marktredwitz 25 politische Flüchtlinge auf. Die

¹⁴⁰ Ebd., 240 ff.

¹⁴¹ Roland J. Hoffmann, Zur Aufnahme der Flüchtlinge aus der ČSR in der US-Zone Deutschlands nach der kommunistischen Machtergreifung vom Februar 1948, in: *Bohemia* 36 (1995) 81 f.

¹⁴² Stellvertretender Ministerpräsident bis zum Februar 1948.

¹⁴³ Hoffmann, Aufnahme (wie Anm. 141) 85 f.

meisten Flüchtlinge überschritten in der Nacht die Grenze zur Oberpfalz, denn dort waren die winterlichen Bedingungen geeigneter. Die Statistik des CIC vom 2. März 1948 belegt jedoch, dass nur 20 % der Flüchtlinge wichtige politische Persönlichkeiten waren, 80 % wurden als nicht bedeutend im politischen Leben eingestuft.¹⁴⁴

Die Unterbringung der Flüchtlinge aus der CSR barg einigen Zündstoff in sich, denn die bayerische Flüchtlingsverwaltung wurde angewiesen, „VIPs“ besser zu ernähren und die anderen wie deutsche Flüchtlinge zu behandeln, aber nicht in Lager einzuweisen, in denen sich Sudetendeutsche befanden. Zwischen den vertriebenen Sudetendeutschen und den geflüchteten Tschechen waren von Anfang an Spannungen vorhanden, denn die Sudetendeutschen waren nach den Erlebnissen ihrer Vertreibung nicht gewillt, Tschechen aufzunehmen. Besondere Probleme gab es in Regensburg, wo Sudetendeutsche über neuhinzugekommene Tschechen herfielen. Daher waren die Amerikaner darauf bedacht, Tschechen getrennt von Deutschen unterzubringen. Sie wurden in der Goethe-Schule in Regensburg untergebracht. Andererseits beklagten sich die Tschechen, sie würden von den Amerikanern nicht angemessen behandelt werden. Natürlich waren auch die tschechischen Flüchtlinge von der Flucht traumatisiert, hinzu kamen der Spott und die Schikanen seitens der Sudetendeutschen.¹⁴⁵

In einer Sitzung des Bayerischen Landtages am 3. März 1948 kam die Diskussion auf die inzwischen über 800 tschechischen Flüchtlinge. Der Staatssekretär für Flüchtlingsfragen Jaenicke hielt es für ausgeschlossen, die Tschechen bei der einheimischen Bevölkerung unterzubringen, denn der Wohnraum war schon völlig erschöpft. Ebenso erklärte er die Einweisung in die Flüchtlingslager für unmöglich, denn hier würden Sudetendeutschen und Tschechen aufeinanderprallen und ein beträchtliches Sicherheitsrisiko darstellen. Daher war seiner Meinung nach nur die Unterkunft in einem DP-Lager möglich, was er der Besatzungsbehörde auch vorschlagen wollte. Die Junge Union forderte in einer Entschließung außerdem die genaueste Überprüfung der Emigranten, da man fürchtete, sie würden den Bolschewismus nach Bayern tragen.¹⁴⁶

9. Die Aufteilung Europas in Ost- und Westblock: Konsequenzen für die deutsch-tschechischen Beziehungen

In Deutschland zeichnete sich nach der Konferenz von Potsdam immer deutlicher die unterschiedliche Konzeption der Alliierten bezüglich der Neuordnung Europas ab, die schließlich mit der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen zur deutschen Spaltung führte.

Die Politik in den Besatzungszonen verlief unterschiedlich. Während die britischen Besatzer ausgezeichnetes Verwaltungspersonal zur Aufrechterhaltung der Administration einsetzten und ihre Zone wie eine Kronkolonie verwalteten, sich dabei aber von den Einheimischen fernhielten, lebten die Amerikaner ihren „way of life“, der zu einer ziemlichen Lockerung der militärischen Disziplin und zur Fraternisierung führte.¹⁴⁷

¹⁴⁴ Ebd., 87 ff.

¹⁴⁵ Ebd., 92 ff.

¹⁴⁶ Ebd., 96 f.

¹⁴⁷ Alfred Großer, *Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz*, München 1979, 78 f.

In der SBZ verlief die Entwicklung anders, hier herrschte sehr straffer Zentralismus vor, die Direktiven, die Gesetzeskraft hatten, kamen direkt von der SMAD in Berlin-Karlshorst. Während in den westlichen Zonen politische Parteien erst ab September bis Dezember 1945 zugelassen wurden, erfolgte die Gründung der KPD, SPD, LDPD und der CDU in der SBZ schon in Juni 1945.¹⁴⁸ Aufgrund des schlechten Abschneidens der österreichischen Kommunisten, sie errangen nur vier statt der erwarteten 40 Mandate, war auch in der SBZ zu erwarten, dass die KPD bei freien Wahlen nie die Massen für sich gewinnen würde. Daher erfolgte Ende April 1946 auf Druck der sowjetischen Besatzer die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED, da man sich hiervon die Unterstützung der Massen erhoffte. Eine Urabstimmung der SPD durfte in der SBZ nicht stattfinden, dafür sprachen sich bei der West-SPD 82 % der Mitglieder gegen die Vereinigung aus. Nach der Gründung der SED steuerte die Politik der Besatzer immer mehr Richtung Einparteienpolitik nach sowjetischem Muster.¹⁴⁹

Das Potsdamer Abkommen sah die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands als Einheit vor, die sich jedoch aufgrund der sowjetischen Demontagepolitik als illusorisch erwies. In der Frage der Reparationen konnte man sich nicht einigen, so dass sich der Bruch zwischen den Alliierten immer deutlicher abzeichnete. Die Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes in Stuttgart 1946 gab den Startschuss zur Bildung einer Kooperation zwischen der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone, da man immer mehr zur Überzeugung kam, Deutschland als Partner zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Europa gewinnen zu müssen.¹⁵⁰ Das Scheitern der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz, der Marshallplan und die Beschlüsse der Londoner Außenministerkonferenz 1948, die einen einheitlichen Wirtschaftsraum unter Einbeziehung des Marshallplanes schufen, der Auszug der Sowjets aus dem Alliierten Kontrollrat und die Berlin Blockade führten zum endgültigen Ausbruch des Ost-Westkonfliktes. Die deutsche Teilung wurde mit der Gründung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1949 manifestiert.¹⁵¹

Die allmähliche Wandlung in der Behandlung der Deutschen vollzog sich in der Tschechoslowakei erst nach 1948, als die KSČ die Alleinherrschaft übernommen hatte. Wichtig war 1949 die Gründung der DDR, die von der UdSSR in den Rang eines Bundesgenossen erhoben wurde und damit der Tschechoslowakei gleichgestellt war. Es bedurfte allerdings langer Zeit, bis die tschechischen Kommunisten bereit waren, die DDR als gleichberechtigten Partner anzuerkennen.¹⁵²

Noch vor der Machtübernahme im Jahr 1948 leitete Klement Gottwald die Differenzierung zwischen Deutschen und Deutschen ein. In einer Rede, die er 1947 in Böhmisches-Leipa/Česky Lípa gehalten hatte, verwehrt er sich gegen die Kollektivschuld der Deutschen mit den Worten „Není Němec jako Němec“¹⁵³. Er wollte ausdrücken, dass die Deutschen in der DDR nicht mit denjenigen des kapitalistischen Westdeutschlands verglichen werden durften. Die Eingliederung der

¹⁴⁸ Kurt Düwell, *Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945–1961). Eine dokumentierte Einführung*, Bonn u. a. 1981, 41.

¹⁴⁹ Ebd., 43.

¹⁵⁰ Ebd., 78.

¹⁵¹ Ebd., 100.

¹⁵² Ebd., 26 f.

¹⁵³ Es ist nicht ein Deutscher wie der andere.

Tschechoslowakei in den Ostblock regelte das Verhältnis zu den Deutschen. Nun waren diejenigen Deutschen, die von den Sowjets besetzt waren, die friedlichen und fortschrittlichen, diejenigen, die von den Westmächten besetzt waren, die reaktionären und revanchistischen. Diese Aufteilung in schwarz und weiß leitete die tschechoslowakische Außenpolitik mit beiden deutschen Staaten bis zur Zeit des Prager Frühlings.¹⁵⁴ Die Auffassung wurde auch in der DDR weitgehend übernommen, daher wurde der Segen, den die Rote Armee den Deutschen der DDR brachte, in der unmittelbaren Nachkriegszeit propagandistisch verwertet. Losungen wie „Die Nazis logen: Der Bolschewismus bringt Vernichtung, Elend und Not und haben Euch betrogen: Die Rote Armee hilft und gibt Arbeit, Freiheit und Brot“¹⁵⁵ sollten das neue Selbstverständnis der Deutschen in der SBZ ausdrücken, die nun dank der Roten Armee von der Nazityrannei befreit wurden. Diese auf den ersten Blick eher trennende als vereinigende Sichtweise führte aber dazu, dass sich jedenfalls auf der Ebene DDR – Tschechoslowakei die Annäherung zwischen beiden Nationalitäten schon ab dem Jahr 1949 nicht nur auf Regierungsbasis vollzog, sondern auch in Kontakten zwischen den Massenorganisationen mündete. Allerdings blieb die Bevölkerung bei diesen ersten Schritten außen vor, denn die Annäherung war Teil der sowjetischen Deutschlandpolitik.¹⁵⁶ Nach der Prager Erklärung 1950, in der DDR und Tschechoslowakei verkündeten, den Frieden dadurch zu sichern, dass es keine strittigen Fragen bezüglich der Grenzen mehr gebe und man die Auffassung verrete, und beide Regierungen betonten dies ausdrücklich, dass die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst sei.¹⁵⁷ Diese Auslegung implizierte, dass sich die DDR bis Ende der 60er Jahre nicht um die Belange der verbliebenen Sudetendeutschen, die weiter diskriminiert wurden, aus ideologischen Gründen kümmerte.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen westlichen Deutschen und Tschechen waren in den ersten Nachkriegsjahren nicht vorhanden, von Handelsbeziehungen abgesehen, die schon 1950 geschlossen wurden. Auf politischer Ebene war der Protest der tschechoslowakischen Regierung 1949 gegen die Gründung der Bundesrepublik ein erstes Zeichen, mit dem westlichen Deutschland in Verbindung treten zu wollen. Bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Jahr 1955, nachdem Adenauer Moskau besucht hatte, schloss man sich nur den sowjetischen Verlautbarungen an. Allerdings beobachtete die tschechoslowakische Regierung alle Aktivitäten der Sudetendeutschen genau und brachte ihre Ansichten in eigenständigen Noten an die Bundesregierung zum Ausdruck.¹⁵⁸

¹⁵⁴ Rudolf Hilf, *Deutsche und Tschechen. Symbiose – Katastrophe – neue Wege*, Opladen 1995, 112 f.

¹⁵⁵ Stadtarchiv Chemnitz, Rat der Stadt Chemnitz, 42, 14.

¹⁵⁶ Hilf, *Deutsche und Tschechen*, 113 f.

¹⁵⁷ Habel, *Dokumente zur Sudetenfrage*, 33 f.

¹⁵⁸ Hilf, *Deutsche und Tschechen*, 121 f.

